



Dokumentation der Expertenanhörung

Übergänge im Bildungssystem erfolgreich gestalten

Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)

Inhalt

Begrüßung und Einführung von Dr. Eva-Maria Stange, MdL <i>Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)</i>	Seite 3
Der Übergang von Schule in die berufliche Bildung	4
Vortrag Prof. Dr. Marius Busemeyer <i>Universität Konstanz, bis Dezember 2010 Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln</i>	4
Impulsbeitrag Matthias Anbuhl <i>Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit, DGB-Bundesvorstand</i>	8
Diskussion	10
Impulsbeitrag Willi Brase, MdB <i>Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion</i>	12
Moderation: Peter Befeldt, Mitglied im AfB-Bundesvorstand	
Die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte	15
Vortrag Ulf Banscheraus <i>Promotionskolleg „Lebenslanges Lernen“ der Hans-Böckler-Stiftung, Technische Universität Dresden</i>	15
Impulsbeitrag Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB <i>Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion</i>	19
Impulsbeitrag Matthias Anbuhl	22
Diskussion	23
Moderation: Dr. Eva-Maria Stange	
Schlusswort Dr. Eva-Maria Stange	26

Die AfB-Expertenanhörung fand am 26. November 2010
im Willy-Brandt-Haus in Berlin statt.

Impressum:
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD (AfB)
Redaktion und verantwortlich: Martin Timpe
Willy-Brandt-Haus, Wilhelmstr. 141, 10963 Berlin
Internet: www.afb.spd.de
Titelfoto: BeneA/ www.photocase.com

Begrüßung und Einführung

von Dr. Eva-Maria Stange, MdL

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)

Das Thema "Übergänge im Bildungssystem erfolgreich gestalten" ist heute – wie immer – aktuell. In jedem Jahr kommt die Frage nach der erfolgreichen Gestaltung der Übergänge im Bildungssystem erneut auf. Und so befasst sich auch die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) mit diesem Thema. Als sich die AfB im Jahre 2009 mit der Thematik um den "Europäischen Qualifikationsrahmen" (EQR) und den "Deutschen Qualifikationsrahmen" (DQR) intensiver beschäftigte, wurden die Fragen um die Übergänge der verschiedenen Bildungsstationen immer deutlicher.

Hinzu kam die Erkenntnis, dass die Zahl derer, die im Übergangssystem verhaften, stetig steigt und so eine qualitative Überprüfung des Übergangssystems schlicht notwendig erscheint. Spätestens mit dem Beschluss zur Finanzierung des Bildungssystem, der im April 2010 in der Bundesversammlung gefasst wurde, drängten sich die Fragen auf, wie die Gelder im Übergangssystem von Schule und Beruf gezielter, produktiver und effektiver eingesetzt werden können.

Schließlich löste der Bildungsbericht 2009, der regelmäßig durch die Bundesregierung veröffentlicht wird, eine Diskussion der Übergänge im Bildungssystem aus. Er hat verdeutlicht, welche Brüche und welche Unwegbarkeit es an den entscheidenden Schwellen gibt: zwischen Kindergarten und Schule, zwischen Grundschule und weiterführender Schule, sowie, und dies war der Schwerpunkt der Expertenanhörung, die Schwellen zwischen der Schule und der beruflichen Bildung und zwischen der beruflichen Bildung und dem Hochschulsystem.

Derzeit wird das Übergangssystem von der Schule in die berufliche Bildung mit ca. 6 Milliarden Euro finanziert; trotzdem finden etwa 500.000 Jugendliche, die in diesem Übergangssystem sind, keinen wirklichen Anschluss an den Arbeitsmarkt oder an eine vollwertige Qualifikation. Das darf uns nicht egal sein und daher wollen wir an dieser Stelle nach Lösungen suchen. Zudem gibt es organisatorische und strukturelle Probleme im Übergangssystem, mit denen wir uns beschäftigen müssen: in Sachsen gibt es derzeit insgesamt 90 Programme zur Vorbereitung auf den beruflichen Einstieg. Diese 90 Programme werden durch ESF-Mittel, Landesmittel oder Bundesmittel finanziert. Problematisch ist, dass die verschiedenen Zuständigen teilweise nicht wissen, was die anderen tun. Das ist auf Bundesebene ähnlich wie auf Landesebene; alles aber kommt bei den Schulen an. Es wird nicht mehr danach gefragt, wie qualitativ gut diese Programme sind, ob sie tatsächlich dazu führen, dass Jugendliche, die abschluss-

gefährdet sind, in eine Qualifikation kommen. Hier muss es mehr Abstimmung geben.

Diese Ausgangspunkte haben die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) letztlich dazu veranlasst, die Expertenanhörung, deren Dokumentation hiermit vorliegt, zu genau diesen beiden Übergangsstellen durchzuführen.

*Die Veranstaltung war in zwei Blöcke unterteilt. Zunächst wurde sich anhand zweier Impulsreferate von **Prof. Dr. Marius Busemeyer** (Universität Konstanz, bis Dezember 2010 Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Köln) und **Matthias Anbuhl** (Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand) intensiv mit dem Übergang von Schule und beruflicher Bildung beschäftigt. In der anschließenden Diskussion hat auch **Willi Brase, MdB** (Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion) die Position der SPD-Bundestagsfraktion vertreten und weitere Anregungen wurden aus dem Plenum eingebracht.*

*Im zweiten Block boten neben **Matthias Anbuhl** auch der Sprecher der AG Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion **Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB** sowie **Ulf Banscherus** (Promotionskolleg Lebenslanges Lernen an der Technischen Universität Dresden) Impulsreferate, auf die eine spannende und intensive Diskussion folgte.*

*Die erste Runde zu den Übergängen zwischen Schule und beruflicher Bildung wurde moderiert von **Peter Befeldt**. Er ist Mitglied des AfB-Bundesvorstandes und dort insbesondere für den beruflichen Bereich zuständig. Er ist selbst Leiter eines umfassenden Berufsschulzentrums.*

Der zweite Teil der Anhörung wurde von Dr. Eva-Maria Stange, MdL moderiert.

Der Übergang von Schule in die berufliche Bildung

Peter Befeldt:

Um die Problematik der Übergänge zwischen Schule und beruflicher Bildung etwas quantifizieren zu können, möchte ich einige Zahlen aus dem Bildungsbericht der Bundesregierung vorstellen:

Von 2006 bis 2008 ist die Zahl derjenigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss oder Berufsausbildung von 15,2 Prozent auf 17 Prozent angestiegen. 2008 haben 560.000 Jugendliche das duale System der Berufsbildung durchlaufen – das eigentlich klassische berufsbildende System in Deutschland, für das wir auch bekannt sind und dessen wir uns immer rühmen. 211.000 Jugendliche haben berufsschulische Ausbildungen absolviert, also beispielsweise Sozialassistenten und Sozialpädagogik oder biologisch-technische Assistenten oder ähnliche Assistenten-Berufe.

75 Prozent der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss landen im Übergangssystem, 397.000, also fast 400.000 Jugendliche sind in die Übergangssysteme oder auch in Warteschleifen übergegangen.

Von Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss sind 75 Prozent im Übergangssystem und von Jugendlichen mit Hauptschulabschluss 48 Prozent. Das heißt also für diesen Bereich der Jugendlichen spielen die Übergangssysteme eine bedeutend große Rolle - die dominierende Rolle.

Und letztlich werden leider 20 Prozent der Ausbildungsverträge, die geschlossen sind, wieder abgebrochen. Diese Zahlen veranschaulichen, welche Problematik in den Übergangssystemen steckt.

Prof. Dr. Marius Busemeyer ist ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der Übergänge von allgemeinbildenden Schulen ins berufsbildende Schulwesen. Er hat Politik-, Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaften an den Universitäten Heidelberg und an der Harvard-Kennedy-School studiert und promovierte 2006 in Heidelberg mit einer Untersuchung der Bildungsausgaben in der OECD. Marius Busemeyer war seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung und beschäftigte sich dort mit den Transformationsprozessen im Bereich der beruflichen Bildung. Prof. Busemeyer übernahm ab 1. Januar 2011 den Lehrstuhl für Politikwissenschaft, insbesondere Policy-Analyse und Politische Theorie an der Universität Konstanz.

Vortrag von Prof. Dr. Marius Busemeyer

Das Thema "*Berufliche Bildung*" ist in der Tat ein unterschätztes Thema der Bildungspolitik, weil es häufig zwischen die Zuständigkeiten fällt und dennoch 50 bis 60 Prozent eines Altersjahrgangs mit dem Thema berufliche Bildung in Berührung kommen. Auch deshalb kommt auch aus der Sicht einer sozialdemokratischen Partei diesem ganz besonders wichtigen Thema ein hoher Stellenwert zu.

Der Begriff *Übergangssystem* ist nicht sonderlich günstig; denn System suggeriert es als etwas systematisches, aber im Grunde ist es ein ziemlicher Wildwuchs, nicht in dem Sinne, dass es geordnete Übergänge gäbe. Im Gegenteil sind es meist Maßnahme-Karrieren, die mehr oder weniger ungeordnet ablaufen.

Es gibt zwei große Teilbereiche des Übergangssystems; einerseits schulische Maßnahmen (Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr und auch Warteschleifen in den Berufsfachschulen), andererseits Teilbereiche des Übergangssystems, die stärker auf die Arbeitsmarktpolitik ausgerichtet sind (berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen und seit dem Ausbildungspakt von 2004 auch die Einstiegsqualifizierungen für Jugendliche – im Prinzip öffentlich finanzierte Praktika). Es gibt sehr viele Maßnahmen und Jugendliche durchlaufen in der Regel mehrere Maßnahmen in unterschiedlichen Kombinationen.

Problematisch ist, dass das Übergangssystem nicht zu anerkannten Abschlüssen führt.

Das Gemeinsame an diesen Maßnahmen und das eigentlich Problematische ist, dass sie nicht zu anerkannten Ausbildungsabschlüssen führen, sondern nur dem Übergang von der Schule in die duale Ausbildung ermöglichen sollen – darauf jedoch wiederum kein Recht begründen. Das heißt: Nach Durchlaufen einer Maßnahme besteht kein Anrecht auf einen Ausbildungsplatz – denn die Vergabe dieser obliegt den Betrieben. Es gibt auch außerbetriebliche Programme, die hier teilweise Kombinationen anbieten, aber real ist es so, dass ein nicht unbedeutender Teil der Jugendlichen trotz verschiedener Maßnahmen im Anschluss keinen Ausbildungsplatz erhält.

Im historischen Vergleich erkennt man, dass es am Anfang der 1990er Jahre einen leichten bis deutlichen Rückgang der Zahlen der Dualen Ausbildungsplätze, die

insgesamt zu Verfügung stehen, gab. Zum Glück bleibt die Arbeitslosigkeit auf relativ niedrigem Niveau. Gleichzeitig gab es einen Anstieg der Studienanfänger, weil immer mehr junge Leute an die Hochschule wollen. Ebenso ist ein gewisser Anstieg in den vollzeitschulischen Berufsbildungsgängen zu verzeichnen. Aber es gibt keinen besonders starken Anstieg in den Zugängen durch das Übergangssystem und es ist zu konstatieren, dass genauso viele Jugendliche nach der Schule in das Übergangssystem wechseln, wie Jugendliche einen dualen Ausbildungsplatz aufnehmen konnten. Durch den Boom in den Jahren 2007 und 2008 hat sich dies wieder etwas auseinander entwickelt, doch wird es so nicht bleiben.

15 bis 20 Prozent der Jugendlichen bleiben drei oder mehr Jahre im Übergangssystem.

Es gab vor einigen Jahren eine große Studie des Bundesinstitutes für Berufsbildung, die so genannte BIBB-Übergangsstudie¹. Ergebnis der Studie war, dass eine große Mehrheit nach einer Weile tatsächlich in duale Ausbildung einmündet. Aber es bleibt am oberen Ende eine Gruppe von 15 bis 20 Prozent zurück, die auch nach drei Jahren nach der Beendigung der Schule weiterhin in diesem Übergangssystem quasi gefangen bleiben. Und diese müssen dann meist, wenn der Förderanspruch aufhört, dennoch ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt gehen.

Die Problemwahrnehmung von Arbeitgeber und Arbeitnehmern differiert stark.

Die Frage, was der Reformbedarf an diesem System sei, ist berechtigt. Aus der Sicht der Betriebe geht es hauptsächlich um die Verbesserung der Ausbildungsreife. Die Klagen sind bekannt, dass die Qualität der Vorbildung der Jugendlichen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewerben, stetig sinke und dass daher auch die Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt entstehe.

Aus Sicht der Arbeitnehmer/innen und auch aus Sicht der Jugendlichen sind natürlich ganz andere Probleme im Vordergrund: zunächst die hohen Kosten. Sechs Milliarden Euro ist eine sehr hohe Zahl und dabei zeigt sich, dass die Effektivität des Übergangssystems etwas fragwürdig ist. Es stellt sich die Frage, ob diese Mittel auch wirklich dort eingesetzt werden, wo sie benötigt werden oder könnte es nicht andere Instrumente oder andere Strukturen geben, die die Mittel besser einsetzen?

Und hierbei zeigt sich auch, dass das Übergangssystem nicht in allen Fällen Bildungsbenachteiligungen ausgleicht. Im Gegenteil werden diese häufig sogar erhöht, da es zu einer Stigmatisierung der Jugendlichen beiträgt, die dann zwei oder drei Jahre im Übergangssystem gefangen sind und anschließend nach verschiedenen Warteschleifen trotzdem erfolglos auf dem Arbeitsmarkt stehen.

¹ Diese analysiert, wie die Verläufe zu Anfang sind – wohlbemerkt nach Beendigung der allgemeinbildenden Schule – und wie groß die Zeitspanne ist, bis die Jugendlichen tatsächlich in einen dualen Ausbildungsplatz einmünden konnten.

Das Übergangssystem war ein sozialdemokratisch motiviertes Reformprojekt.

Wie ist das Übergangssystem entstanden? Dieses System scheint nicht gerade den Regeln der rationalen Politik zu folgen. Wenn man die Wurzeln des Übergangssystems sucht, muss bis in die 1970er Jahre zurück geschaut werden. Es war ein sozialdemokratisch motiviertes Reformprojekt. Es gab damals eine gewisse Skepsis, ob die betriebliche Bildung alleine ausreicht, um die theoretischen Fertigkeiten der Jugendlichen genügend auszubilden. Aus diesem Grunde hat man der dualen Ausbildung eine allgemeine Berufsgrundbildungsphase vorangestellt, so dass bestimmte Defizite in der theoretischen Bildung aufgefangen werden können. Zudem sollten die Jugendlichen die Möglichkeiten haben, sich in breiten Berufsbildern erst einmal zu orientieren und sich daran anschließend zu entscheiden, welchen Berufsweg sie einschlagen.

Die realen Entwicklungen haben diese ursprünglichen Ziele im Prinzip konterkariert, denn das Übergangssystem ist inzwischen zu einem großen Teil des Berufsbildungssystems angewachsen. Es ist nicht mehr möglich zu sagen, dass es nur um temporäre Krisen auf dem Ausbildungsstellenmarkt geht, sondern es geht um eine strukturelle Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt. Zudem hat sich das System dauerhaft etabliert und der ursprüngliche reformpolitische Anspruch ist, zumindest bei dem Berufsgrundbildungsjahr (BGJ), inzwischen sehr stark in den Hintergrund getreten.

Die politischen Interessen sind ausschlaggebend.

Das Interessante und gleichzeitig Fatale ist nun, dass die Berufsbildungspolitik dieser Entwicklung nur halbherzig entgegensteuert. Im Zweifelsfall wird lieber noch mal ein Zusatzprogramm aufgelegt, statt das System grundlegend zu reformieren – oder zumindest grundlegend über die Strukturen des Berufsbildungssystems nachzudenken und zu debattieren. Und das ist auch deshalb so, – das ist auch meine Kernthese – weil es immer auch um die politischen Interessen der relevanten Akteure geht. Es ist eine Realität der Politik, dass es um den Konflikt von Interessen geht. Wenn diese Interessen berücksichtigt werden, kann auch besser verstanden werden, wie derartige Entscheidungen und Entwicklungen zustande kommen.

Um etwas zur Entwicklung des BGJ zu sagen: ab 1972 kam es Stück für Stück zu der Einführung verschiedener BGJ-Programmen auf Länderebene. Damals wurde in einer allgemeinen Verordnung klar geregelt, dass die Maßnahme im BGJ später auch verpflichtend auf eine Ausbildung angerechnet werden sollen – also Ziel dieses Reformprojekts war genau das, was heute im Übergangssystem nicht mehr der Fall ist. Man sollte, wenn man ein BGJ durchlaufen hat, zumindest das erste Jahr der Dualen Ausbildung im Grunde schon absolviert haben.

Bereits Ende der 1970er Jahre gab es jedoch Hinweise darauf, dass Arbeitgeber/innen das BGJ unterlaufen, indem sie die Jugendlichen, die sich um einen Ausbildungsplatz bewarben, vor die Alternative gestellt haben: „Entweder verzichtest du auf die Anrechnung deiner Leistungen im BGJ oder du musst dir einen anderen Arbeitgeber suchen.“.

Die Reaktion der Politik – und das ist eben das Interessante – war keine erhöhte Stringenz bei der Durchsetzung dieser Verordnungen, sondern es gab eine schrittweise Lockerung der Verordnungen in der Hoffnung, dass sich die Betriebe weiterhin in der Ausbildung engagieren und es nicht zu einem weiten Rückzug aus der Ausbildung kommt. Das wurde vor allen Dingen in der Zeit von 1982 bis 1998 unter den verschiedenen Kohl-Regierungen so praktiziert. Teilweise wurde das BGJ auch als Ausbildungshemmendes Hindernis bezeichnet, so dass versucht wurde, diesen Mechanismus der Anrechnung immer weiter auszuhöhlen und zu unterminieren. Es muss leider gesagt werden, dass diese Politik auch nach 1998, als es zum Regierungswechsel kam, fortgeführt wurde. Es kam zu keiner Kehrtwende und der Wiederaufnahme der Reform der 1970er Jahre. Stattdessen wurde im Zuge der Hartz-Reformen und dann vor allen Dingen mit der BBiG-Novelle im Prinzip die Anrechnung der Anrechnungsverordnung vom BGJ-Leistung ausgesetzt oder zumindest unter die Zustimmung der Betriebe gestellt. Damit wurde es den Betrieben überlassen, ob sie das BGJ anrechnen wollen oder nicht - also de facto war das eine Aussetzung dieser Verordnung.

Etwas Ähnliches ist in der Benachteiligtenförderung² zu konstatieren. Schon in den 1970er Jahren war die Bundesanstalt für Arbeit (BA) in der Ausbildungsvorbereitung ansatzweise involviert. Hier können Widersprüche in der Berufsbildungspolitik ausgemacht werden, denn damals war ganz bewusst und auch rechtlich eine strikte Trennung zwischen der Ausbildungsvorbereitung und den Ausbildungsberufen vorgegeben; denn die BA ist zuständig für Arbeitsmarktpolitik – nicht für Bildungspolitik. Und daher war es konsequent zu sagen, dass die Leistung, die in der Ausbildungsvorbereitung getätigt wird, nicht auf spätere Ausbildungsberufe angerechnet werden darf, weil die BA keine Kompetenzen hat. In den 1980er Jahren wurde die Benachteiligtenförderung ausgebaut. Vor allen Dingen auch, weil erkannt wurde, dass die Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt nicht nur temporär war, sondern immer mehr zu einer strukturellen Krise wurde. Am Anfang wurde dies von den Gewerkschaften stark unterstützt, es ging schließlich um Benachteiligte.

Insbesondere in den 1990er Jahren kam es zu einer starken Expansion dieser Maßnahmen, auch wegen der Lage in den neuen Bundesländern. Aber auch die strukturelle Krise auf dem Ausbildungsstellenmarkt hatte sich nicht gelöst, sondern tendenziell eher verschärft. Nach 1998 muss auch hier festgestellt werden, dass es nicht zu einer

radikalen Kehrtwende kam. Tendenziell wurde die Berufsbildungspolitik noch stärker Richtung Arbeitsmarktpolitik bewegt in dem Sinne, dass die BA zu einer Schlüsselinstitution geworden ist. Heute kann der/die Sachbearbeiter/in der BA tatsächlich darüber entscheiden, ob ein/e Bewerber/in überhaupt als Ausbildungsplatzbewerber/in zugelassen wird oder ob er/sie vorher Maßnahmen des Übergangssystems durchlaufen muss. Der Status "Ausbildungsplatzbewerber/in" ist heute nicht selbstverständlich. Zum Zweiten entscheidet der/die Sachbearbeiter/in, in welche dieser verschiedenen Maßnahmen des Übergangssystems diese Person geleitet wird.

Im Übergangssystem besteht eine gewisse Hierarchie.

Dabei sind verschiedene Effekte zu beobachten: es gibt eine gewisse Hierarchie – BGJ ist tendenziell für die etwas Bildungsstärkeren vorgesehen und die anderen Maßnahmen der Benachteiligtenförderung eher für die Bildungsschwachen, zudem gibt es auch besondere Programme für die besonders Förderungsbedürftigen. Es scheint eine ganz eigene Förderungslogik zu existieren, die nicht unbedingt rationalen Kriterien folgt, sondern eine starke interne Logik hat.

Welche Reformalternativen gibt es? Meiner Ansicht nach müsste ganz grundlegend auch über die Strukturen nachgedacht werden. Es könnte natürlich inkrementell überlegt werden, welche Instrumente im Übergangssystem effizienter als andere sind. Aber ich denke, man sollte nochmal grundsätzlich darüber nachdenken, denn andere Länder in Europa zeigen, dass es auch anders geht.

Als Beispiel wird im Folgenden das Land Dänemark vorgestellt; nicht nur, weil es in den 1990er Jahren für sein Berufsbildungssystem international durch die Bertelsmann-Stiftung ausgezeichnet wurde, sondern auch, weil ich persönlich denke, dass hier ein sehr guter Kompromiss gefunden wurde.

Dänemark als ein gutes Beispiel für Reformalternativen.

In Dänemark gibt es eine vollzeit-schulische Phase am Anfang der Ausbildung, die jede/r durchläuft. Das ist ein ähnliches Konstrukt wie das BGJ ursprünglich hätte sein sollen. In dieser vollzeit-schulischen Phase werden bestimmte Bildungsdefizite erst ausgeglichen – es gibt eine allgemeine Berufsorientierung – anschließend sucht sich jedoch der/die Jugendliche selbst einen Ausbildungsplatz in Ausbildungsbetrieben. Dabei wird ein flexibler Übergang von dieser schulischen Phase in die betriebliche Ausbildung gewährleistet. Die Jugendlichen, denen es direkt gelingt, einen Ausbildungsplatz zu finden, können auch direkt in den Betrieb gehen. Wenn es etwas länger dauert, gehen sie eben ein Jahr später. Und die Jugendlichen, die gar keinen Ausbildungsplatz finden, können ihre Ausbildung auch in der Berufsschule fortsetzen.

² Als Benachteiligtenförderung sind die verschiedenen Maßnahmen wie Berufsvorbereitungsjahr (BVJ), Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahme (BVB) oder Berufsvorbereitungsschule (BVS) zu summieren, die stärker darauf ausgerichtet sind, bestimmte sozial Benachteiligte in die duale Ausbildung zu integrieren; sie hat eher als das BGJ die Bildungsschwächeren als Zielpopulation im Blick.

Am Ende gibt es die gleichen Ausbildungsabschlüsse – egal ob der betriebliche oder der schulische Weg begangen wurde. Das hat gegenüber dem Übergangssystem den Vorteil, dass Jugendliche, selbst wenn sie es nicht schaffen, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, am Ende dennoch einen Berufsabschluss haben. Die Gesetze des Arbeitsmarktes gelten weiterhin, das heißt, Jugendliche, die eine betriebliche Ausbildung durchliefen, haben wahrscheinlich eine bessere Einmündungschance auch in diesem System, allein weil sie bereits in den Betrieben sind. Aber nichtsdestotrotz ist vorteilhaft im Vergleich zum deutschen System, in dem junge Menschen im Prinzip zwei, drei Jahre Maßnahmen durchlaufen, danach aber keinen Abschluss haben und quasi wieder da stehen, wo sie am Anfang waren.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des dänischen Systems ist, dass es starke regionale Kooperationen gibt; eine lokale Kooperation zwischen Arbeitgebern/innen, Gewerkschaften und Berufsschulen. Gerade auf dieser unteren, lokalen Ebene gibt es in Deutschland häufig Koordinationsprobleme. Zudem ist das dänische Ausbildungssystem sehr eng mit dem Weiterbildungssystem verzahnt, in den Niederlanden übrigens ebenfalls. Wenn wir von Ausbildung sprechen, sprechen wir über die Erstausbildung von Jugendlichen. Aber es müsste langfristig ebenso gelingen, ein integriertes Aus- und Weiterbildungssystem zu schaffen, das sowohl für die Jugendlichen sorgt als auch für die, die bereits im Beruf stehen und Weiterbildungsbedarf haben.

Vollzeit-schulische Berufsausbildungssysteme führen nicht zu höherer Arbeitslosigkeit.

Der Kritik, dass vollzeit-schulische Ausbildung zu hoher Arbeitslosigkeit führen würde, da tendenziell rein schulische Berufsausbildungssysteme schlechtere Übergänge zwischen Ausbildung und Beruf produzierten, kann ebenfalls das dänische Modell Einhalt gebieten. Zwar ist die Schwelle von der schulischen Ausbildung in den Beruf eine größere, als wenn man bereits im Betrieb ist. Aber das dänische System zeigt – wie übrigens auch das österreichische – dass man schulische und betriebliche Ausbildung gut miteinander integrieren kann und dass die Jugendarbeitslosigkeit tendenziell sogar geringer ist als bei uns.

Eine grundlegende Reform unseres Systems ist schwierig.

Ich komme nun zur Frage nach den Widerständen gegen eine Reform. Und wie könnte man eine solche Reform durchsetzen? Da muss man ganz besonders auf die bestehenden Fahrtabhängigkeiten und die politischen Interessen achten. Selbstverständlich kann man das bestehende Übergangssystem nicht von einem Tag auf den anderen ändern. Es gibt Entwicklungen, die sich über lange Zeit aufgebaut haben und entsprechend eine etwas längere Zeit des Übergangs brauchen. Aber rückblickend kann gesagt werden, dass es in den 1970er Jahren eine ganz kritische Weichenstellung gab; gerade als die damalige SPD-FDP-Regierung die Berufsbildungspolitik an die erste

Stelle in ihrem Bildungsprogramm gestellt hatte. Zu diesem Zeitpunkt hätte sich das deutsche System sehr stark in Richtung Dänemark entwickeln können. Damals gab es auch die Bewegung, die vollzeit-schulischen Elemente zu stärken, um die Übergänge zu verbessern. Durch den Widerstand der CDU im Bundesrat, aber auch durch die mehr oder minder offene Drohung eines Ausbildungsboykotts der Arbeitgeber/innen hat man „kalte Füße“ bekommen und sich dafür entschieden, die betriebliche Ausbildung an die erste Stelle zu setzen.

Das hat meiner Meinung nach Folgen, die eine grundlegende Reform unseres Systems so viel schwieriger machen, denn es gibt eine starke Abhängigkeit des Staates von der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen. Wenn sich die Unternehmen tatsächlich aus der Ausbildung zurückziehen würden, wäre heute zu Zeiten leerer Haushaltskassen, keine finanzpolitische Möglichkeit vorhanden, um ein vollzeit-schulisches System alternativ auszubauen. Daher bemüht sich die Politik, die Ausbildung so gut wie irgend möglich auf die Bedürfnisse der Arbeitgeber/innen zuzuschneiden.

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Strategien ist ebenfalls interessant zu betrachten, sie gleichen sich dem System an. Nachdem die Gewerkschaften in den 1970er Jahren zusammen mit der SPD an dieser großen Reform gescheitert sind, zeigt sich, dass sich die Gewerkschaften eher an den Interessen derjenigen orientieren, die schon einen Ausbildungsplatz haben. Es geht weniger um diejenigen, die gar nicht erst in das System reinkommen. Natürlich gibt es auch eine rhetorische Dimension; es gibt keine Gewerkschaft, die aussagte, die Jugendlichen im Übergangssystem sollten nicht gefördert werden. Wenn jedoch de facto betrachtet wird, was passiert, dann ist eine gewisse Ambivalenz in den Gewerkschaftsstrategien erkennbar.

Und letzten Endes hat es zudem zur Folge, dass sich die Berufsbildung stärker ans Beschäftigungs- als ans Bildungssystem angliedert. Auch dort funktioniert die Integration der Berufsbildung ins Bildungssystem nicht ohne Weiteres, wie zum Beispiel in skandinavischen Ländern.

Ich will nur ganz kurz an zwei Beispielen die Rolle der politischen Interessen und Fahrtabhängigkeiten deutlich machen. 2005 gab es die große Berufsbildungsgesetzes-(BBiG-) Novelle, die real nicht sehr viele Veränderungen ausgelöst hat. Es kann sozusagen als halbherziger Schritt Richtung Dänemark begriffen werden; halbherzig in der Richtung. Ich habe bereits von der BGI-Anrechnungsverordnung gesprochen, die de facto ausgesetzt wurde.

Es wäre eine Möglichkeit gewesen, wenn man dies wieder stärker nach vorne gebracht hätte – diese vollzeit-schulische Phase am Anfang zu stärken. Aber viel wichtiger ist die Tatsache, dass die BBiG-Novelle tatsächlich die Möglichkeit vorsieht, dass vollzeit-schulische Ausbildungsgänge auch zur Kammerprüfung zugelassen werden können. Hier wäre die Schaffung eines alternativen

schulischen Berufsbildungszweigs möglich, so dass Jugendliche für dieselben Berufe die Wahl zwischen einer betrieblichen und einer vollzeit-schulischen Ausbildung hätten. Aber – und deswegen wieder nur halbherzig – diese Regelung ist befristet bis 2011. Bis jetzt ist die Umsetzung sehr schleppend, auch weil gerade auf Länderebene die beiden Sozialpartner ein gewisses Vetopotenzial haben und im Grunde nicht in diese Richtung gehen wollen. Meines Erachtens zeigt die BBiG-Novelle, dass es noch immer möglich wäre, unser System auch zu reformieren. Im Detail werden die politischen Widerstände, die eine grundlegende Reform erschweren, ersichtlich. Ein weiteres Beispiel wäre hier der Konflikt um die Ausbildungsumlage 2004. Dänemark hat zum Beispiel eine Ausbildungsumlage und die Betriebe bilden trotzdem weiter aus. Aber, und das finde ich auch etwas dramatisch an diesem Fall, die Einführung dieser Ausbildungsumlage 2004 scheiterte vor allen Dingen am Widerstand aus den eigenen Reihen, gewisse Ministerpräsidenten, aber auch Teile der Gewerkschaften waren gegen die Ausbildungsumlage.

Fazit: Es besteht dringender Reformbedarf!

Das Übergangssystem ist sicherlich nicht das Ergebnis einer rationalen politischen Entscheidung. Kein politischer Akteur hätte das Übergangssystem in der vorfindbaren Art und Weise forciert oder gefordert, sondern das Übergangssystem ist im Grunde die vielleicht unerwünschte, aber trotzdem tolerierte Nebenwirkung dieser kritischen Weichenstellung der 1970er und 1980er Jahre.

Es besteht dringender Reformbedarf, ich denke, das ist deutlich geworden. Es mangelt auch nicht an Reformalternativen und –modellen. Ein Blick in die verschiedenen Nachbarländer reicht da bereits: Dänemark, aber auch Österreich und die Niederlande, auch die Schweiz – sie alle haben ebenfalls starke betriebliche Ausbildungssysteme und sie haben gewisse Elemente, die auch in Deutschland anwendbar wären.

Ich denke, der unbedingte Vorrang der betrieblichen vor der vollzeit-schulischen Ausbildung ist nicht mehr gerechtfertigt. Das liegt auch daran, dass durch strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft die betriebliche Ausbildung die Funktionen nicht mehr erfüllen kann, die sie noch in den 1980er Jahren erfüllen konnte. Es gibt nicht mehr genug betriebliche Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen, die aus dem Schulsystem herauskommen und die teilweise auch ganz spezifische Bildungsdefizite haben.

Und, das ist der letzte Punkt, es wird nicht gehen, ohne höhere Bildungsinvestitionen. Das heißt, dieses Reformprogramm erfordert auch weitere Investitionen in das Bildungssystem. Ebenso wird es ohne eine grundlegende Strukturreform im Sekundarschulwesen nicht funktionieren. Das hängt auch mit dem gegliederten Schulsystem zusammen. Aber ich denke, das sind ganz wichtige Rahmenbedingungen, die aber immer mit im Blick behalten werden müssen.

Peter Befeldt:

Als nächsten Referenten begrüßen wir **Matthias Anbuhl**. Er ist Leiter der Abteilung Bildungspolitik und Bildungsarbeit beim DGB-Bundesvorstand, ist gelernter Realschullehrer, war von 2003 bis 2008 Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW hier in Berlin.

Marius Busemeyer hat gesagt, Übergangssysteme tragen zur Stigmatisierung bei. Die Stellungnahme des DGB zum Nationalen Bildungsbericht trug die Überschrift "Soziale Spaltung ist das zentrale Problem."

Impulsbeitrag von Matthias Anbuhl

Als ich zu dieser Veranstaltung anreiste und das Programm las, hatte ich die Befürchtung, es könnte zu wenig kontrovers sein. Der Vortrag von Marius Busemeyer und seine Darstellung der gewerkschaftlichen Strategien hat mir zumindest diese Sorge genommen. Ich möchte ihm in einigen Punkten, zu dem, was er zu gewerkschaftlichen Strategien sagte, ausdrücklich widersprechen und einiges gerade rücken. Ich möchte aber auch, und hoffe, dass mir das im Zuge meines Impulsreferates gelingt, versöhnliche Töne anklingen lassen und zeigen, wo Gemeinsamkeiten sind.

Die Aussage Marius Busemeyers war, gewerkschaftliche Strategien orientierten sich vor allen Dingen an denjenigen, die Ausbildungsplätze haben und nicht an denjenigen, die ausbildungslos sind. Ich hatte eine spontane Assoziation an das Ende der 1990er Jahre. Damals gab es auch eine Zeit, da waren in den Talkshows ganz viele Politiker/innen und Wirtschaftsverbände unterwegs; Hans-Olaf Henkel, Guido Westerwelle, Wolfgang Clement, Friedrich Merz. Sie sagten immer "Gewerkschaften orientieren sich eigentlich an denjenigen, die einen Arbeitsplatz haben. Die Arbeitslosen sind für die gar nicht so wichtig." Das gipfelte irgendwann mal in dem Satz "Sozial ist, was Arbeit schafft." und führte zu ganz starken Verwerfungen auf dem Arbeitsmarkt, die wir teilweise heute noch bekämpfen müssen. Ich denke da beispielsweise an den prekären Berufseinstieg von Jugendlichen, ich denke an das Ausbreiten des Niedriglohnsektors, ich denke an Leiharbeit und ähnliche Positionen.

Unser System hat auch viele Stärken.

Meine Befürchtung ist, dass wir heute damit beginnen, unter dem Motto "Sozial ist, was Ausbildung schafft", unreflektiert bestimmte Systeme der beruflichen Bildung zu zerschlagen. Das heißt nicht, dass ich keinen Reformbedarf sehe, darauf komme ich auch gleich noch - aber durch Einführung von Zweijährigen Berufen, Modularisierung, könnte es sein, dass wir am Ende genau diese Probleme in der beruflichen Bildung wieder haben. Wir haben ein System, das in Teilen sehr große Stärken hat, das ist auch in den 1970er Jahren begründet.

Der DGB kämpft für ehrliche Ausbildungsstatistiken.

Aber wir haben in der Tat im Übergang Schule - Beruf ein sehr großes Problem und das müssen wir angehen. Der

Satz "Wir orientieren uns nur an denjenigen, die Ausbildung haben und nicht an denjenigen, die keine Ausbildung haben" ist insofern nicht richtig, weil es unsere Aktivitäten nicht trifft. Da sind wir wieder bei einem gemeinsamen Punkt: zum Beispiel sind es die Gewerkschaften, die für eine ehrliche Ausbildungsstatistik streiten.

Es ist dieser Mechanismus, dass ein Jugendlicher, der zur BA kommt und sagt "Ich suche einen Ausbildungsplatz." nicht als ausbildungssuchend gezählt wird, sondern erst einen Kompetenzcheck durchläuft und im Anschluss daran wird er einsortiert: "Du bist Bewerber." oder "Du bist nicht ausbildungsreif." Dann fällt der erst einmal aus der Statistik heraus.

Weiterhin kritisch ist, dass selbst dann, wenn der Jugendliche als ausbildungsreif dekliniert wurde nach der Definition der BA, er auch dann als versorgt gilt, wenn er in einer Berufsvorbereitungsmaßnahme oder ähnlichem landet. Ich habe gerade für den DGB die Verhandlungen zum Ausbildungspakt geführt. Dieser Aspekt wurde von der Bundesregierung und auch von den Arbeitgebern vehement verteidigt. In den Verhandlungen hat die Vertreterin des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) gesagt "Herr Anbuhl, ich sehe ein, wir haben 20.000 junge Menschen, die in Berufsvorbereitungsmaßnahmen sind. Diese sind eigentlich ausbildungsreif und suchen noch eine Stelle; die haben in dieser Statistik nichts zu suchen." Aber im Prinzip ist dieses Schönrechnen der Ausbildungsstatistik ein Teil des Problems! Und es waren immer die Gewerkschaften, die den Scheinwerfer darauf geworfen und gesagt haben "Wir müssen diese Jugendlichen in den Blick nehmen." Insofern haben wir das nicht verniedlicht. Und ich will an dieser Stelle auch als Genosse sagen, es waren nicht alle Sozialdemokrat/innen zu jeder Zeit bei diesem Kampf auf unserer Seite. In einer Ausbildungspaktverhandlung wurde ein Brief von Kurt Beck vorgelesen, der gesagt hat, dass die Jugendlichen im alternativen Verbleib auf keinen Fall mitgezählt werden dürften, da dies die Statistik verzerrte.

Es gibt verschiedene Initiativen der Gewerkschaften, um Jugendliche in Ausbildung zu bringen.

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte: Der DGB versucht, Jugendliche aus dem Übergangssystem in betriebliche Ausbildung zu integrieren. Es gibt zahlreiche Tarifverträge, beispielsweise den „Tarifvertrag zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit“ - ein unschöner Titel - in NRW abschlossen zwischen IG Metall und Gesamtmetall, Metall- und Elektrobereich. Dort heißt es "Wir nutzen jetzt EQJ deluxe, wir bieten eine Einstiegsqualifizierung, ein Jahr. Damit bringen wir die Jugendlichen in den Betrieb." Und in dem Moment, in dem sie das durchlaufen haben, bekommen sie die Chance, mit einem Ausbildungsvertrag drei Jahre eine Ausbildung zu machen. Da gibt es diverse Initiativen. IG BCE hat das auch gehabt bei "Start in den Beruf". Einen Aspekt möchte ich zur außerbetrieblichen Ausbildung sagen. In den Jahren 2005, 2006, auf dem Höhepunkt der Ausbildungskrise im vergangenen Jahrzehnt, war es der

DGB, der bei einer Initiative zur Bundesagentur für Arbeit gesagt hat, "wir brauchen 40.000, 50.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze". Und es war der DGB, der hier Initiativen gestartet und zumindest für etwas Entlastung gesorgt hat.

Soweit zum kritischen Punkt. Ich will aber dennoch einige Punkte zum Übergangssystem selbst sagen. Ich stimme Marius Busemeyer zu, der Begriff Übergangssystem ist irreführend, weil das Übergangssystem Übergang nur sehr beschränkt und begrenzt garantiert und auch wirklich kein System ist. Zweitens glaube ich allerdings, dass uns dieses System, dieser Wildwuchs, dieser Dschungel, auch begleiten wird in den nächsten Jahren. Das sagt ja auch die Prognose des Nationalen Bildungsberichtes. Selbst durch den demografischen Wandel hinweg prognostizieren sie für 2025, glaube ich, immer noch ein Übergangssystem mit 225.000 Jugendlichen. Wir haben uns deswegen im DGB sehr intensiv mit diesem Thema auseinander gesetzt und haben 2009 das erste Mal in unserem bildungspolitischen Ausschuss jemanden aus Hamburg eingeladen.

Hamburg als ein Beispiel für Reformalternativen.

Man braucht gar nicht nach Dänemark fahren, es reicht schon, nach Hamburg zu fahren. Dort gibt es auch ein eigenes Modell. Dort gibt es das Vorhaben, eine Strukturierung des Übergangssystems zu erwirken, und zwar ähnlich wie in Dänemark, aber leicht abgewandelt. Man sagt, alle Schulabgänger/innen sind zunächst erst einmal ausbildungsreif, sie sollen sich bewerben für eine duale Ausbildungsstelle. Wenn sie diese Ausbildungsstelle bekommen, ist alles wunderbar und sie sind im dualen System und durchlaufen es. Diejenigen, die nach unserer Definition im Übergangssystem landen, machen ein Berufsqualifizierungsjahr - ein Jahr. Und danach soll es nach Möglichkeit in betriebliche Ausbildung münden, das ist der Wunsch, mit Anrechnung dieses Berufsqualifizierungsjahrs. Wenn dies nicht gelingt, können sie allerdings zwei Jahre weiter regulär eine Ausbildung machen. Dafür gibt es eine Ausbildungsgarantie.

Ein Zwei-Säulen-Modell mit Vorrang der Dualen Ausbildung ist der beste Weg.

Und das ist im Grunde genau der Weg, den der DGB für modellhaft erklärt hat. Wir haben uns auf dem Bundeskongress im Mai 2010 dafür ausgesprochen, nach diesem Vorbild das Übergangssystem zu strukturieren; eigentlich ein Zwei-Säulen-System mit Vorrang für die Duale Ausbildung. Ich muss sagen, mit klarem Vorrang für den Übergang in die duale Ausbildung, um hier wirklich den Dschungel zu lichten. Der DGB hat sich noch einmal unter der Überschrift "Weniger ist mehr" mit der Dualisierung beschäftigt und der DGB-Bundesvorstand hat ein entsprechendes Papier beschlossen, in dem ein solches Zwei-Säulen-Modell gefordert wird. Allerdings mit hohen praktischen Anteilen in der zweiten Säule, das heißt, wir fordern eine Dualisierung des Übergangssystems an dieser Stelle.

Ich denke, die ganze Frage nach der Berufsorientierung ab der 7./8. Klasse wird noch wichtig sein. Wir erleben gerade eine Initiative der Bundesregierung unter der Überschrift "Bildungsketten", die, so glaube ich, in der Theorie und auf dem Papier sehr schön aussieht, aber de facto darunter leidet, dass sie unterfinanziert ist. Bei dieser Initiative ist das Problem, dass die Bildungsbegleiter, Berufseinstiegsbegleiter, die die Jugendlichen ab der 7./8. Klasse begleiten sollen, von der BA ausgeschrieben wurden. Dabei geht es um das billigste Verfahren, d.h. es werden die billigsten Anbieter genommen. Nach dem ursprünglichen Papier sollten es erfahrene Meister sein, die Ausbilder-Erfahrung haben, gut vernetzt sind in den Betrieben etc., aber wenn für diese Stelle ein Verdienst von 1800 oder 2000 Euro brutto ausgeschrieben wird, dann bekommt man nicht den erfahrenen Meister für diese Stelle. Daran wird es auch wieder haken. Ich möchte nochmal deutlich auf unseren Beschluss hinweisen und sagen, wir sind dabei. Aber, einen Akteur sollte man auch noch benennen, wenn es darum geht, das Übergangssystem zu lichten: das ist die vielfältige Trägerlandschaft. Diese wurde bisher nicht genannt. Das vorhandene System hat mittlerweile eine Trägerlandschaft gefördert, die ganz gut davon lebt.

Diskussionsrunde

Peter Befeldt:

Das Stichwort war *vielfältige Trägerlandschaft*. Eva-Maria Stange sagte in ihren Eingangsworten bereits, dass das Übergangssystem etwa sechs Milliarden Euro pro Jahr kostet. Um das vielleicht an einem Beispiel zu erläutern; eine Schülerin aus unserer Schule hat ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert, weil sie keinen Ausbildungsplatz gefunden hat. Sie war anschließend ein Jahr in einer Maßnahme des Bildungswerkes der niedersächsischen Wirtschaft, also eine arbeitgebernahe Einrichtung, ein Jahr in einer städtischen Maßnahme, und das vierte Jahr war sie wieder bei uns, weil sie noch immer keinen Ausbildungsplatz gefunden hatte. Man kann es fast sarkastisch sagen: in den vier Jahren haben zwei Maßnahmenträger an ihr verdient, bei uns hat sie zwei Jahre lang Arbeitsplätze gesichert, aber sie ist persönlich keinen Schritt weiter gekommen.

Die Handwerkskammer in Osnabrück erwirtschaftet pro Jahr etwa sechs Millionen Euro durch Maßnahmen für Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Auf der anderen Seite ist sie die zuständige Stelle für die Berufsausbildung im Dualen System und muss eigentlich ein Interesse daran haben, möglichst viele Jugendliche in die Duale Berufsausbildung zu bringen. Ich sehe da auch einen Zielkonflikt bei der Kammer.

Und das war auch etwas, das die beiden Referenten angedeutet haben: zum Einen dieses dänische Modell und das deutsche mit dem Dualen System der Berufsausbildung ist diesem sehr ähnlich. Nur ganz wenige Länder außer uns haben das Duale System. Auf der anderen Seite kostet eine voll-schulische Ausbildung sehr viel Geld. Bisläng sind die Arbeitgeber/innen durch das Duale

System in der Berufsausbildung noch engagiert, die Frage ist nur, wie effektiv sind die Systeme? Und da, so denke ich, müssen wir die Interessen der Jugendlichen in den Mittelpunkt stellen.

Marius Busemeyer hatte bereits angedeutet, dass beim Dualen System sehr viele Interessen eine Rolle spielen, auch ein großes Beharrungsvermögen. Ein ehemaliger Professor der Hochschule der Bundeswehr in München sagte einmal bei dem Baden Württembergischen Handwerkskammertag, das Duale System der Berufsausbildung habe sich im Grunde genommen bei uns überlebt und wir sollten es durch andere Systeme ersetzen. Persönlich hat es für die Jugendlichen sicher einen großen Vorteil. Wir sprachen auch vorhin schon darüber, was den Jugendlichen am meisten fehle, laut Arbeitgeber/innen sind das weniger kognitive Fertigkeiten, weniger fehlendes Wissen, sondern Aspekte wie beispielsweise pünktlich bei der Arbeit zu sein. Und das ist sicherlich eine Fertigkeit, die im Dualen System der Berufsausbildung eher gelernt wird. Wenn jemand unter 26 Schülerinnen und Schülern in einer Klasse sitzt, und fehlt, fällt das möglicherweise gar nicht auf. Wenn jemand aber während der Berufsausbildung in einem Team mit drei, vier Leuten arbeitet und andere müssen für ihn oder sie mitarbeiten, ist das eine ganz andere Sache und man fühlt sich auch eher gewertschätzt. Gleichwohl, wie kommen wir aus dieser Misere raus?

Marius Busemeyer:

Ich möchte einen weiteren Punkt anführen um noch ein bisschen weiter zu provozieren. Dieser ist, dass die Forderungen der Gewerkschaften mit denen der Regierung in den Regierungsphasen nicht immer deckungsgleich waren. Es wurde das Thema Zweijährige Berufe angesprochen. Das war in der Tat ein Fall, bei dem Wirtschaftsminister Clement einfach gegen den Widerstand der Gewerkschaften diese Zweijährigen Berufe eingeführt hat. Und damit wurde auch diese Stratifizierung, die Schichtung, die Gefahr der Aufspaltung der betrieblichen Bildung in unterschiedliche Ausbildungsqualitätsstufen weiter voran getrieben. Das halte ich auch für einen falschen Weg. Da stellt sich wieder die Frage "warum macht der sowas?" - vielleicht hat jetzt gerade diese Person ideologische Motivation, aber im Hintergrund steht auch diese Abhängigkeit der Politik, der Berufsbildungspolitik von der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen, die deswegen so groß ist, weil man sich lange Zeit sehr stark auf die betriebliche Ausbildung verlassen hat. Dadurch kam es zu der Auffassung, dass sich die Bildungspolitik um diejenigen Jugendlichen, die nicht an die Hochschule gehen, nicht zu kümmern brauche, da das Aufgabe der Betriebe sei. Ich denke, das ist der zentrale Punkt, über den heute noch mal nachgedacht werden muss.

Matthias Anbuhl:

Ich möchte noch einmal den Satz aufgreifen, das Duale System habe sich überlebt. Ich denke, das hat es nicht. Und die Forderung der Gewerkschaften nach "mehr betrieblichen Ausbildungsplätzen" bleibt nach wie vor aktuell. Wir sind weiterhin für eine Ausbildungsplatzum-

lage; ich sehe, dass die Regierung jetzt nicht gerade die Konstellation ist, die das umsetzt. Wir sind nach wie vor für Branchenfonds, diese Forderung bleibt aktuell. Ich glaube nicht, dass die Umsetzung der Ausbildungsplatzumlage 2003 an den Gewerkschaften gescheitert ist, auch wenn es vielfältige Diskussionen gab - das will ich doch nochmal festhalten.

In der Tat, glaube ich, haben wir ein Problem mit diesen zweijährigen Ausbildungen. Hierfür möchte ich erneut eine Parallele zum Arbeitsmarkt ziehen; es geht aus Arbeitgebersicht darum, billige Arbeitskräfte zu bekommen. Bei den Arbeitsmarktreformen ging es darum, möglichst schnell großen „Nachschub“ an „billigen Arbeitskräften“ zu erhalten, dann wurde der Niedriglohnbereich und die Leiharbeit ausgeweitet, es gibt prekären Berufseinstieg für junge Menschen. Und das ist genau das, was bei den Zweijährigen passiert: die jungen Arbeiternehmer/innen werden billige Arbeitskräfte – das sehen wir auch am Tarifsystem – sie werden schlechter eingestuft; und ich glaube, das ist das Kernproblem. Insofern würde ich auch sagen, das duale System hat für uns Gewerkschaften Priorität – wie das Hamburger Modell –, das will ich noch einmal klar stellen. Aber wir wissen auch, dass wir diesen Kern von 397.000 Jugendlichen haben – der Vollständigkeit halber muss erwähnt werden, dass diese Zahl gegenüber 2005 beträchtlich geschrumpft ist – und es reicht nicht aus, sich alleine auf das Duale System zu fokussieren, sondern es muss Struktur in den Dschungel gebracht werden. Das ist der Kern der DGB-Forderungen.

Günther Häfner, Frankfurt/Main, seit 20 Jahren Schulleiter einer beruflichen Schule:

Ich wollte zunächst noch einmal etwas zu der Begrifflichkeit sagen: Mich stört in den Debatten immer der leichtfertige Umgang mit dem Begriff der *Ausbildungsreife*. Ich habe in den letzten 20 Jahren, in denen ich Schulleiter bin, die Erfahrung gemacht, dass die Zahl der Schüler/innen, die nicht ausbildungsreif sind, offensichtlich immer konjunkturabhängig ist. Und dies führt gleichzeitig dazu, dass den Betroffenen die Schuld gegeben wird. Wir als Sozialdemokraten haben das übergeordnete Ziel "kein Kind wird zurück gelassen" und von daher sollten wir uns diese Diktion auch nicht angewöhnen.

Für mich ist die Frage der Kosten kein Argumentationspunkt mehr; Sozialdemokrat/innen sind für kostenlose Bildung und das bezieht alle - meiner Meinung nach, das müssen wir aber noch durchsetzen! – mit ein. In der Sekundarstufe; und ich sehe nicht ein, warum in der beruflichen Bildung, wenn wir über voll-schulische Berufsausbildung reden, die Kostenfrage so hoch steht. In anderen Bereichen haben wir auch die kostenlose Bildung, auch die kostenlose Hochschulbildung - da wird es Zeit, dass wir uns da auf den Weg machen!

Ulrich Leidecker, seit 30 Jahren Leiter einer Real- und Hauptschule:

Zwei Fragen. Für den Bereich Übergangssystem werden BGJ, BVJ, und alles was niedrigschwellig zum Teil angebo-

ten wird, definiert. Aber warum nicht auch Fachgymnasien, Gymnasien und Fachoberschulen? Ich beobachte bei meinen Schülern und Schülerinnen in Klasse 10, dass sie alle ausbildungsreif sind; ich unterstelle das für eine Realschulklasse 10. Ich beobachte weiterhin, dass sie alle in Ausbildungsplätze hinein wollen - nicht alle, fast alle - dass ihnen aber vom Arbeitsmarkt her selbst in einer Hochlohnregion wie Salzgitter/Wolfsburg nicht genügend Ausbildungsplätze zu Verfügung stehen und sie auf Fachoberschulen, auf Fachgymnasien ausweichen und danach *nicht* ins Studium wechseln, sondern genau die Ausbildungsplätze wieder suchen – und diesmal bekommen, die sie vor drei Jahren noch nicht bekommen haben.

Diese Zahlen werden ebenfalls nirgends erfasst, sie zeigen aber das Dilemma, vor dem die Jugendlichen stehen.

Das zweite Dilemma, das wir bei uns beobachten; bei uns in der Berufsschule werden auch Ausbildungsplätze schulischer Art angeboten, die aber anschließend in die Industrie kaum vermittelbar sind. Das heißt, die Jugendlichen machen einen Abschluss, kommen aber nicht in die Arbeitsprozesse hinein. Das führt dazu, dass sie wieder anfangen, sich irgendwo vorne anzustellen. Und ich denke, dass auch das schlicht nicht zumutbar ist.

Man muss es ganz klar auf den Punkt bringen: es gibt schlichtweg einfach zu wenige Ausbildungsplätze und wir nehmen die Betriebe schlichtweg einfach nicht in die Pflicht, sondern wir beobachten und verwalten es. Und es scheint sich immer irgendwie zu regulieren – allerdings zu Lasten der Jüngeren. Das Eintrittsalter des Dualen Systems ist enorm angestiegen, das ist kaum noch vertretbar, ich glaube wir liegen jetzt bei 19 Jahren. Das ist eigentlich überhaupt nicht mehr nachzuvollziehen.

Ulrich Thünken, Nordrhein-Westfalen:

Ich habe zunächst eine Fragen bezüglich der Kosten: Frau Stange sagte, dass wir für das derzeitige Übergangssystem 6 Mrd. Euro jährlich zahlen. Wir zahlen aber auch für die klassische Duale Ausbildung, die an vielen Stellen staatlich subventioniert wird. Das ist für den Steuerzahler ebenso nicht kostenlos. Und wir zahlen auch für die Zeit, die volkswirtschaftlich verloren geht, bis eine Person in eine sozialversicherungspflichtige Stelle kommt. Zudem liegt das Durchschnittsalter bei knapp 20 Jahren, wenn man in die duale Ausbildung eintritt. Wenn man diese drei Aspekte zusammenrechnet, würde mich interessieren: Selbst wenn man ein rein staatlich ausfinanziertes Ausbildungswesen etablieren wollte, wäre das nicht mindestens kostenneutral?

Die zweite Frage: Wir sagen immer so leicht, dass das duale System vorzugswürdig sei – das stimmt vielleicht global. Was die Schule betrifft, schauen wir seit längerer Zeit, wie es um die Qualität auch im Einzelnen bestellt ist. Ich glaube, es gibt auch Bildungsgänge, bei denen wir Kompromisse bei den Betrieben gemacht haben und im Grunde sagen müssen, das ist eine Klitschenausbildung. Betrachtet man beispielsweise die Ausbildung von Köchen und Köchinnen in Frankreich: dort gibt es einen

zweijährigen schulischen Ausbildungsgang, die Schule hat ein eigenes Restaurant – alles in allem eine hervorragende Qualität. Wenn ich mir hingegen ansehe, wie hierzulande Köche und Köchinnen ausgebildet werden; beispielsweise in sehr kleinen Restaurants mit geringem Angebot. Es hat jede/r Bedenken, ob dort viel gelernt werden kann. Aber wir akzeptieren es. Ein weiteres Beispiel ist die Ausbildung von Bäckereiverkäufern und -verkäuferinnen; teilweise in Bäckereien, in denen keine ausgebildete Kraft für das Verkaufen eingestellt wurde. Das heißt diejenigen, meist junge Frauen, machen danach etwas ganz anderes. Wir haben keine qualitativ gute Ausbildung.

Ich plädiere daher dafür, mal ganz genau hinzuschauen, was in der dualen Ausbildung gut ist und was hingegen wirklich schlecht ist. Und auch, was wir akzeptieren, nur weil der Arbeitsmarkt einige Unterbringungsmöglichkeiten anbietet. Das wäre eine Bitte an die Gewerkschaften, dies kritischer zu beleuchten; was bedeutete, dass man sich eigentlich an einigen Stellen von der dualen Ausbildung im Betrieb, so wie sie jetzt ist, verabschieden müsste, wenn man auf Qualität achtete.

Peter Befeldt:

Ich möchte an dieser Stelle noch **Willi Brase** herzlich willkommen heißen. Willi Brase ist seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages und dort **Mitglied der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der SPD-Bundestagsfraktion**. Er hat selbst eine Berufsausbildung im Dualen System absolviert, er ist gelernter Groß- und Einzelhandelskaufmann, hat anschließend die Fachoberschule besucht und nach Wehr- und Ersatzdienst Sozialpädagogik studiert. Er war als Sozialpädagoge tätig und später hauptamtlich beim DGB in unterschiedlichen Funktionen, seit 2009 ist er DGB-Regionsvorsitzender in Südwestfalen.

Impulsbeitrag von Willi Brase, MdB

Eben wurde gesagt, es würde einer von der IHK fehlen. Ich denke, es fehlt keiner von der IHK - denn ich bin seit Jahren alternierender Vorsitzender eines Berufsbildungsausschusses, mittlerweile sogar von zweien, von zwei Industrie- und Handelskammern in Südwestfalen. Und ich bin seitdem intensiv mit Fragen der beruflichen Bildung, vor allem mit der praktischen Umsetzung, beschäftigt.

Auch trotz des demografischen Wandels fehlen Ausbildungsplätze in sechsstelliger Zahl.

Die demografische Entwicklung wird uns mit Sicherheit in den nächsten Jahren in den östlichen Bundesländern anders treffen als in den westlichen Bundesländern. Jedes Jahr erleben wir folgendes Spiel: am 30.9. gibt es eine Beurteilung der Ausbildungslage, anschließend eine Beurteilung dessen, was an Ausbildungsverträgen eingetragen worden ist. Dann wird bis zum 31.12. eine Nachvermittlungsaktion durchgeführt, anschließend gibt das Statistische Bundesamt wunderschöne Zahlen nach

außen. Wir stellen jedes Mal fest, dass ein Teil der Jugendlichen, die ab August in irgendwelchen Maßnahmen sind, eigentlich nur eines wollten: einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu erhalten. Das waren im letzten Jahr laut einer Nachfrage durch das Bundesinstitut für Berufsbildung immerhin 65.000, 70.000 junge Menschen. Dazu kommen die Altbewerber/innen. Das heißt, wir von der SPD-Bundestagsfraktion sagen derzeit: "Es fehlen immer noch eine sechsstellige Zahl von zusätzlichen Ausbildungsplätzen und am besten wäre es, sie würden betrieblich zu Verfügung gestellt."

Die mittelständigen Unternehmen müssen zu Ausbildung angeregt werden.

Das Zweite: Wir haben eine relativ gute Ausbildungs-beteiligung der Unternehmen, mit einer zwischen 250 und nach oben hin offenen Beschäftigungszahl. Aber darunter wird es differenzierter, vor allem bei Unternehmen zwischen einem und 150 Beschäftigten, also in dem kleineren Segment. Dort haben wir noch große Lücken, in denen potentiell ausgebildet werden kann. Wo nicht ausgebildet werden kann, ist bei den Pommes-Buden, bei den Handelsvertretern, die allein arbeiten, bei manchen Kleinwäschereien - das sollte nicht mehr gemacht werden.

Das heißt: wir haben unternehmerisches Potential! Ich erwähne es deshalb, weil der Ausbildungsbonus, den wir noch unter der großen Koalition auf den Weg gebracht haben, zwar nur ungefähr 36.000, 37.000 neue Ausbildungsplätze gebracht hat, aber die Untersuchung hat eines gezeigt: die Unternehmen in diesem niedrigen Beschäftigtensegment entwickeln offensichtlich eine größere Bereitschaft dauerhaft und länger in Ausbildung einzusteigen, wenn sie einen finanziellen Anreiz erhalten. Das heißt, man kann hier etwas bewegen.

Wir bräuchten mehr betriebliche Ausbildung; die größeren Betriebe haben nicht eine vergleichbare Quote zu vielen kleinen Mittelständlern im Bereich zwischen 100 und 350 Beschäftigten. Deshalb müssen wir dort noch Gas geben und überlegen, wie man das lösen kann.

Berufsorientierung ab der 7. Klasse

Das dritte große Problem ist, dass wir nachwievor über 370.000 junge Menschen in unterschiedlichsten Übergangsmaßnahmen haben. Wir haben selber eine Anfrage an die Bundesregierung gestellt und erhielten zur Antwort, dass es derzeitig nur auf Bundes- und Landesebene schon über 190 Übergangsmaßnahmen gibt. Die kommunale Ebene, die noch etwas zusätzlich macht, ist nicht erfasst. Wir stellen in den Untersuchungen vom BIBB und anderen Instituten fest, dass offensichtlich dann, wenn Jugendliche längerfristige Praktika-Phasen während der Schule oder danach machen, sie eine bessere Chance haben, als die, die nur ein oder zwei Jahre in BVJ verbracht haben. Das kann man alles wunderbar nachlesen in dem nationalen Bildungsbericht und jährlich im Berufsbildungsbericht, so dass wir mittlerweile sagen, wir müssen

das Übergangssystem so strukturieren, dass es sich eines Tages - nicht erst in 20 Jahren, sondern wesentlich früher - überflüssig macht.

Und das heißt, wir müssen früher mit der Berufsorientierung anfangen; die Berufsorientierung in der Schule ab der 7. oder 8. Klasse. Deshalb haben wir auch das Instrument der Berufseinstiegsbegleiter/innen auf den Weg gebracht. Das wird von der derzeitigen Koalition fortgesetzt mit den so genannten Bildungsverläufen, Bildungsabläufen, dem Bildungsweg.

Regionales Ausbildungsmanagement muss etabliert werden.

Wir müssen dazu kommen, auf Länderebene diese Form der Berufsorientierung ab der 7. Klasse zu etablieren. Und gleichzeitig muss eine Durchlässigkeit organisiert werden, wenn in der 7., 8. Klasse auffällt, dass Jugendliche nicht mitkommen, bei denen es Probleme gibt. Da müssen wir ein Instrumentarium begleitend auf den Weg bringen.

Das heißt, regionales Ausbildungsmanagement, regionales Übergangsmanagement - dabei bin ich aber nicht der Auffassung, wie im Vertrag zwischen Bundesregierung und Unternehmen - im Ausbildungspakt - beschlossen, dass dieses Engagement von der Agentur für Arbeit übernommen werden soll, sondern ich denke, das müssen die Gebietskörperschaften vor Ort machen. Es gehört Schule ebenso hinzu wie teilweise Jugendberufshilfe und Jugendhilfe etc., das muss dort gemacht werden.

Ich will zwei kleine Beispiele dazu anführen, wie man es heute schon machen kann. In meiner Heimat Siegen Wittgenstein-Olpe haben wir vor dreieinhalb Jahren ein Projekt mit Unterstützung von drei Stiftungen, der Gebietskörperschaften, mit Geld in sechsstelliger Größenordnung von der Industrie und der Gewerkschaften, gestartet. Wir haben dabei gesagt, wir bieten den Jugendlichen folgendes an: während des letzten Schuljahres, also in der 10. Klasse, Freitagnachmittag, Samstagmorgen und in sechs Wochen der Schulferien - ohne Geld - mit wenigen, aber in der Region gewichtigen Bildungsträgern; gleichzeitig mit Praktika-Phasen in den Betrieben. Und wenn sie über 90 Prozent, das sind knapp 560 Stunden, anwesend sind und durchhalten - dann garantieren wir nach Abschluss einen Ausbildungsplatz. Wir haben diese Garantie in den letzten drei Jahren zu 92 Prozent, 90 Prozent und 88 Prozent jeweils einhalten können. Das heißt, Hauptschüler/innen oder Schüler/innen einer Gesamtschule haben mit einem Abschluss Klasse 10 auch gleichzeitig einen Ausbildungsvertrag in der Tasche gehabt - dies nennt sich Haus der Berufsvorbereitung. Die Einmaligkeit ist nicht nur die Art und Weise, sondern auch, dass wir mittlerweile eine Gesamtsumme in beiden Kreisen von über 4 Millionen Euro, davon fast 1,5 Millionen durch die private Wirtschaft, organisiert haben. Und somit hatten wir natürlich auch ganz andere Zugänge; das bringt sehr viel.

Das zweite Beispiel ist in Rheinland-Pfalz. Hier können Schülerinnen und Schüler während der 9. Klasse in Teilbereichen von allgemeinbildenden Schulen über ein Jahr in betriebliche Strukturen gehen – dies führte offensichtlich zu einem wesentlich besseren Anschluss in eine Erstausbildung direkt nach der Schule.

Also zusammengefasst: wir müssen ein regionales Übergangsmanagement etablieren mit der Zielsetzung, mittelfristig das bestehende Übergangsmanagement abzuschaffen. Und weniger ist mehr: die Vielzahl der Maßnahmen muss absolut und massiv nach unten gefahren werden, da kommt nämlich nichts bei rum.

Matthias Anbuhl:

Zu der Frage nach betrieblicher Ausbildung möchte ich sagen, dass wir da auch mehr tun müssten, insbesondere was Jugendliche mit schlechten Startchancen angeht. Es ist die Frage, wie man es schafft, dass diese jungen Menschen mehr in Ausbildung kommen und vor allen Dingen in kleineren Betrieben. Es gibt hierfür unterschiedliche Möglichkeiten. Eine ist aus meiner Sicht der Ausbau der ausbildungsbegleitenden Hilfen, die häufig erst dann ansetzen, wenn es Probleme gibt, wenn schlechte Noten im Berufsschulzeugnis stehen und ähnliches. Diese würden wir gern zum Regelinstrument ausbauen. Zweitens müsste man auch schauen, wie man durch externes Ausbildungsmanagement zum Beispiel auch diesen Unternehmen bei der Ausbildung helfen könnte.

Zur „Ausbildungsreife“, das ist ein Begriff, den auch wir vom DGB sehr kritisch sehen. Und auch die Beobachtung ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass je nach konjunktureller Lage - das kann ich aus der Perspektive des Vermittlers verstehen, der ja auch Erfolgszahlen hat, an denen er gemessen wird - mehr oder weniger Leute ausbildungsreif sind.

Die Frage ist jedoch, wie man dieses Duale System in die Breite ausdifferenziert bekommt? Das ist schwierig; in der Tat ist es leicht formuliert in einem Konzept. Es ist aber schwierig umzusetzen, denke ich. Wir haben jetzt beschlossen, dass wir, wenn wir uns mit den Landesausschüssen für Berufsbildung beschäftigen, die einladen, um das auch bei uns in den zuständigen Gremien, dort wo wir Einfluss haben, einfach noch mit zu thematisieren. Aber letzten Endes ist es eine Frage – daran wird sich der Erfolg entscheiden – ob es wirklich eine zweite Säule ist oder ob dies nicht wieder ein Versuch neben ganz vielen Projekten sein wird? Und gelingt es, die Betriebe auch dafür mit ins Boot zu holen und auch betriebliche Ansätze zu bringen, also die zweite Säule auch zu dualisieren? Wenn das nicht passiert, wird die Akzeptanz, glaube ich, sehr schwierig.

Ich möchte noch einmal den Punkt Qualität aufgreifen. Ich hatte etwas zum Übergangssystem und zur Qualität des dualen Systems generell gesagt. Aber es ist natürlich so, dass man sehr genau hinsehen muss, wie die Qualität in den einzelnen Betrieben ist; und es gibt vor allen

Dingen sehr große Unterschiede in den verschiedenen Branchen. Wir machen jährlich den Ausbildungsreport von der DGB-Jugend, in dem wir junge Azubis nach der Ausbildungsqualität befragen. Und da gibt es sehr große Unterschiede: es gibt viele Branchen, die sehr gut arbeiten und eine hohe Ausbildungsqualität vorweisen können. Es gibt aber auch Branchen, wo es wirklich Probleme gibt - Hotel und Gastronomie ist ein Bereich, der regelmäßig schlecht abschneidet. Und es ist klar: dort müssen wir in der Tat nachsteuern. Und wir wollen das Thema Qualitätsentwicklung auch weiterhin dort betreiben. Das wird auch eine Sache sein, die wir in den Landesausschüssen in den BBAs usw. thematisieren werden.

Prof. Dr. Marius Busemeyer:

Ich denke ebenfalls, dass der demografische Wandel das Problem nicht einfach wegzaubern wird, dieses wird bestehen bleiben. Wir werden einen Fachkräftemangel und gleichzeitig viele geringqualifizierte Menschen haben, die keinen Zugang zu Ausbildung bekommen. Wir haben ein - vor ein paar Jahren gab es dieses Wort - drittes Wirtschaftswunder und trotzdem hatten wir eine Zunahme von Hartz IV-Empfänger/innen. Es gibt eine Zunahme der sozialen Ungleichheit. Und in dem Maße, in dem diese Probleme des Übergangs nicht gelöst sind, trägt das Ausbildungssystem zu einer weiteren sozialen Spaltung bei. Diese Geringqualifizierten werden schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt von Ausbildung und Beschäftigung ausgeschlossen. Zudem bekommt man nicht automatisch, nur weil freie Ausbildungsplätze vorhanden sind, auch alle Jugendlichen unter. Das wird nicht funktionieren, allein schon deshalb, weil die Betriebe selbst in der Entscheidung frei sind, jemanden auszubilden oder nicht. Und sie nehmen lieber keinen, als dass sie jemanden nehmen, wo sie zu viel finanzieren oder nachholen müssten.

Ich denke, wir sind uns einig: Duale Ausbildung muss erhalten bleiben; betriebliche Ausbildung ist wunderbar. Aber ich glaube, man muss die Realität anerkennen, dass es aus strukturellen Gründen nicht mehr genügend betriebliche Ausbildungsplätze gibt. Es ist ebenso kein Wundermittel erkennbar, das uns innerhalb der nächsten fünf oder zehn Jahren ermöglichen würde, die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze um 20 oder mehr Prozent zu steigern. Daher müssen andere Möglichkeiten überlegt werden und beispielsweise überbetriebliche Ausbildung, also die Etablierung einer Zweiten Säule, geschaffen werden. Deswegen ist auch das allgemeine Schulsystem gefragt, und die Reform der Beruflichen Bildung muss immer auch im Zusammenhang mit einer Reform des Sekundarschulwesens gedacht werden.

Es gibt viele Möglichkeiten, neue Methoden zu etablieren. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal betonen, dass die Unterscheidung zwischen schulischer Berufsausbildung einerseits und betrieblicher Berufsausbildung andererseits nicht derart streng gezogen werden sollte; denn natürlich gibt es Möglichkeiten, die schulische Berufsausbildung zu dualisieren.

Es gibt dazu Umfragen unter Betrieben, durchgeführt vom Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in Bonn, die ergaben, dass insbesondere kleine Betriebe ein wunderbares Modell kennen; wenn beispielsweise der Auszubildende im ersten Jahr oder den ersten eineinhalb Jahren zunächst in die Berufsschule geht und erst später in den Betrieb wechselt, dann, wenn die Erträge, die vom oder von der Auszubildenden eingefahren werden können, bereits sehr viel höher sind. Für viele kleine Betriebe ist insbesondere die Anfangsphase kostenintensiv.

Es gäbe viele Möglichkeiten, wie Abstufungen geschaffen werden könnten zwischen einer rein schulischen oder rein betrieblichen Ausbildung. Es müsste ganz gezielt versucht werden, diese neuen Modelle auszubauen. Das ist ebenso ein Punkt, an dem es auch auf der Arbeitgeber/innenseite politische Widerstände gibt. Die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände (BDA) ist ein Verband, der stark von mittleren bis großen Betrieben dominiert ist, da diese höhere Beiträge leisten und dadurch auch ein größeres politisches Gewicht in diesen Verbänden haben. Insbesondere die Interessen der kleinen Betriebe werden dadurch nicht effektiv wahrgenommen. Daher vertritt die BDA tendenziell berufsbildungspolitische Positionen, die den Interessen der Großbetriebe näher stehen; beispielsweise stärkere Modularisierung. Gerade in den kleinen Betrieben wären mögliche Kooperations- und politische Bündnispartner/innen zu finden, mit denen man diese neuen Modelle der Kombination von betrieblicher und schulischer Ausbildung ausprobieren könnte.

Zur Situation in neuen Bundesländern: das sind die negativen Auswirkungen, wenn zu stark auf die betriebliche Bildung gesetzt wird. Dadurch entstehen diese, wie ich finde perversen, Nebenwirkungen, bei denen Marktbeteiligte mit sozial Benachteiligten gleich gesetzt werden; bei denen der Fehler keinen Ausbildungsplatz zu bekommen dem Ausbildungsplatzbewerber persönlich angerechnet wird. Es gibt auch eine andere Statistik, bezogen auf Behindertenberufe, auf spezielle Berufe für Menschen mit Behinderungen. Und wenn man sich da die Statistiken anschaut und den Berufsbildungsbericht vergleicht, scheint es in den ostdeutschen Bundesländern dreimal so viele Behinderte zu geben wie in den westdeutschen Bundesländern. Denn in Ostdeutschland gibt es dreimal so viele Jugendliche, die durch diese speziellen theoriegeminderten Berufe gehen. Das ist Wahnsinn! Das hängt natürlich mit der Konjunkturlage zusammen und da sieht man, dass es zu weit gegangen ist und dass auf jeden Fall etwas Grundsätzliches getan werden muss.

Was das Thema Kosten anbelangt: das ist alles recht schwierig zu berechnen, zum Einen wegen des riesigen Wildwuchses, aber auch die internationale Bildungsstatistik hat an dieser Stelle ein schwarzes Loch. Es gibt kaum von der OECD vergleichbare Daten, wie viel Länder für Berufsbildung ausgeben; was natürlich auch an der Sonderstellung der Berufsbildung in Deutschland und den angrenzenden Ländern liegt. Man weiß gar nicht genau, wie viel ein Land wie Dänemark oder Schweden

ausschließlich für die Berufsbildung aus gibt. Aber ich würde die These vertreten: wenn man alles zusammenrechnet, was das Übergangssystem kostet, was es an direkten und indirekten volkswirtschaftlichen Kosten verursacht – wenn das gegen die für eine echte schulische

Ausbildungsalternative notwendigen Investitionskosten gegenrechnet werden würde, dann käme dennoch heraus, dass eine Reform zumindest kostenneutral, wenn nicht sogar günstiger umzusetzen wäre.

Die Öffnung der Hochschulen für beruflich Qualifizierte

Eva-Maria Stange:

Das Thema "Öffnung der Hochschule für beruflich Qualifizierte" ist zwar kein neues Thema - insbesondere für die SPD nicht - allerdings nach wie vor ein unbefriedigendes, auch wenn die Kultusministerkonferenz (KMK) etwas bewegt hat.

Für mein eigenes Bundesland kann ich sagen, dass bei uns nach wie vor weniger als ein Prozent der Studierenden aus einer reinen beruflichen Qualifikation - sprich ohne Abitur oder sonstige herkömmliche Hochschulzugangsberechtigung (HZB) - zu einem Studium kommen. Und ich denke, hier ist dringender Handlungsbedarf, auch vor dem vorhin schon angesprochenen Hintergrund des demografischen Wandels – 50 Prozent weniger junge Menschen, 50 Prozent weniger Abiturientinnen und Abiturienten: wenn der Akademiker/innenbedarf in den nächsten Jahren gedeckt werden soll - übrigens: egal in welchem Bereich - werden wir dringend alle Reserven ausschöpfen müssen. Reserven gibt es mit Sicherheit bei den beruflich Qualifizierten, die sich zu irgendeinem Zeitpunkt ihres Lebensverlaufs entscheiden, doch eine akademische Ausbildung durchzuführen - egal ob an einer Fachhochschule oder Universität. Hierbei haben wir derzeit noch Probleme; wir haben daher heute Experten eingeladen, die zu diesem Themenfeld teilweise sogar geforscht haben.

Zum Einen **Ulf Banscheraus**; er ist Stipendiat im Graduiertenstudium "Lebenslanges Lernen" an der TU Dresden und hat sich in seinen Arbeitsschwerpunkten vor allem mit den Bereichen Hochschulforschung, Bildungssoziologie und international vergleichende Bildungsforschung - und dabei vor allem mit den sozialen Aspekten und dem Thema der Durchlässigkeit in Bildungssystemen, insbesondere an der Schnittstelle zwischen beruflicher Bildung und Hochschule - beschäftigt. Ulf Banscheraus ist von Hause aus gelernter Politikwissenschaftler und seit einigen Jahren auch bekannt durch seine Arbeit bei der GEW in der Projektgruppe "Lehre und Studium" des Organisationsbereichs Hochschule und Forschung der GEW. Weiterhin ist er bekannt durch seine Tätigkeit im Bereich der Studien-reformdiskussionen, insbesondere bezüglich der Gestaltung der demokratischen Hochschule.

Vortrag von Ulf Banscheraus

Ein Blick auf Bildungssysteme: die Europäische Kommission gibt Bilder heraus, um die verschiedenen Bildungssysteme abzubilden. Daraus ergibt sich für Deutschland ein - auch im europäischen Vergleich - sehr stark differenzierten Sekundarschulbereich, insbesondere auch im Bereich der oberen Sekundarschule. Schweden exemplarisch dagegen gestellt zeigt eine einheitliche Linie bis zur 12. oder 13. Klasse. Ich will nur als ein Schlaglicht zeigen, dass sich Deutschland durch eine sehr starke Differenzierung im Sekundarschulbereich auszeichnet und sich dies auch in der Frage des Hochschulzugangs fortsetzt. In Deutschland gibt es eine klassische Vorstellung: es gibt verschiedene Säulen, eine Säule berufliche Bildung und eine andere Säule Gymnasium mit Abitur; das Abitur ist eine Berechtigung zu einem Hochschulstudium. Wenn man die westeuropäischen Länder im Vergleich betrachtet, kann man sehen, dass es diese strenge Trennung im westeuropäischen Raum nur in Deutschland, Österreich, der Schweiz und in Griechenland gibt. Alle übrigen Länder gehen andere Wege.

Im europäischen Ausland finden sich Alternativen zum undurchlässigen deutschen System.

In zwei Ländern mit einem ebenfalls ausgebauten System der beruflichen Bildung, Dänemark und Niederlande, gibt es eine wesentlich höhere Durchlässigkeit; es gibt aber auch Länder wie beispielsweise die skandinavischen Länder, in denen es tatsächlich eine integrierte obere Sekundarstufe gibt, in der berufliche Bildung und allgemeine Bildung parallel laufen und diese Abschlüsse vollständig gleichberechtigt sind. So kommt zum Beispiel Finnland auf eine Studienberechtigtenquote von 97 Prozent; Deutschland ist etwa bei der Hälfte. Das ist meiner Ansicht nach schon ein Hinweis auf Fahrtabhängigkeiten im deutschen Bildungssystem insgesamt. Diese strikte Trennung zwischen der allgemeinen akademischen Welt, so kann man fast sagen, und der beruflichen Welt, die mittlerweile zwei Subsysteme mit eigener Binnenlogik sind. Die Kommunikation zwischen diesen beiden ist sehr stark gestört; Prof. Dr. Martin Baethge hat hier den Begriff "*Bildungsschisma*" dafür geprägt, diesen finde ich sehr spannend. Damit soll

gezeigt werden, dass es wirklich Glaubensbekenntnisse gibt, die nicht miteinander kompatibel sind. Aber im europäischen Vergleich zeigt sich, dass es vielleicht nicht so sein muss. Im westeuropäischen Ausland gibt es viele andere Beispiele, auch mit einem ausgebauten System der beruflichen Bildung einen Übergang zur Hochschule einfacher zu gestalten.

55 Prozent der Studienanfänger/innen an Fachhochschulen haben das klassische Abitur.

In Deutschland sieht die Situation anders aus, das ist allen bekannt. Wir haben an den Universitäten die Situation, dass über 90 Prozent der Studienanfängerinnen und -anfänger mit dem Abitur, dem klassischen Zugangszertifikat, an die Hochschulen kommen; an den Fachhochschulen (FH) sind es auch über 55 Prozent - das sollte vielleicht zu denken geben. Ist es denn richtig, dass ein Hochschultyp wie die FH, die ja auch den Auftrag hat, Schnittstellen zur beruflichen Welt herzustellen, zu über 55 Prozent von Abiturienten und Abiturientinnen besucht wird? Auch in den letzten 15 Jahren hat sich der Anteil der Studierenden an Fachhochschulen, die über eine berufliche Ausbildung verfügen, deutlich verringert: heute sind es 45 Prozent, 1994 waren es noch 65 Prozent.

Die „150 Wege des Übergangs“ werden nicht genutzt.

Da ist die Frage wirklich, was bewegt sich da eigentlich, was sind da die Gründe dafür, dass hier keine großen Übergänge vorhanden sind? In der Diskussion wird häufig angeführt, dass es durchaus Übergänge gebe, es gebe den Zweiten und Dritten Bildungsweg. Die Hochschulprüfungsleistung, nach denen eine Studienberechtigung zuerkannt werden kann, die gibt es. Es werden Broschüren u. ä. mit Titeln wie "Wege ins Studium" oder "150 Möglichkeiten gibt es zu Studieren" publiziert. Natürlich gibt es diese; aber sie werden nahezu nicht genutzt: 1,8 Prozent an den Fachhochschulen und 0,6 Prozent an den Universitäten. Diese Gruppe kann man selber persönlich per Handschlag begrüßen. Da kann sich der Herr Professor Steinbach, Präsident der TU Berlin, hinstellen und sagen, ihr 10 Leute, herzlich willkommen! Die passen auch gut in sein Büro rein, um mit ihm einen Kaffee zu trinken. Da ist dann wirklich die Frage, wie die Situation in der Praxis konkret aussieht.

In der Literatur gibt es ganz unterschiedliche Begriffe. Es gibt den Begriff der "*nicht-traditionell Studierenden*" für sozial unterrepräsentierte Gruppen, das ist eher aus der amerikanischen / englischsprachigen Forschung.

Es gibt aber auch die Definition, dass "*nicht-traditionell Studierende*" nicht normal Studierende sind, also letztlich alle Studierende, die jobben, familiären Verpflichtungen nachgehen oder irgendwie anders von der Norm abweichen - der Norm des jungen, intrinsisch an der Wissenschaft orientierten Studenten, der sich mit aller Kraft und Energie in sein Studium stürzt, um dem

Erkenntnisinteresse zu dienen. Das ist plakativ zugespitzt, aber diese neuhumanistische, ideologische Phrase ist insbesondere an den Universitäten durchaus noch anzutreffen, das haben zumindest meine eigenen Forschungen mit Befragungen von Studierenden und Verantwortlichen in dem Bereich durchaus gezeigt. Es gibt die bildungssoziologische Definition der "*gebrochenen Bildungsbiografie*"; und es gibt jene, die ich im Folgenden weiter anwenden will, nämlich die Frage, welches Zertifikat ist eigentlich das entscheidende für die Zulassung? - das ist der Begriff, den wir in Deutschland stark vertreten sehen. Ich habe gezeigt, warum es in der internationalen Diskussion nicht unbedingt der zwingende Begriff sein muss. Hier handelt es sich um Studierende über den Dritten Bildungsweg, die keine schulische Hochschulzugangsberechtigung haben.

Nur ein Prozent der Studierenden haben keine traditionelle Hochschulzugangsberechtigung.

Diese Definition hat dennoch EUROSTUDENT in einer Auswertung vor- und übernommen und kommt damit zu dem Ergebnis, dass die Studierenden mit nicht-traditionellen Hochschulzugangsberechtigungen in den europäischen Ländern extrem unterschiedlich verteilt sind, was ihren Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden betrifft. In England und Wales sind es 15 Prozent, was vor allem an der Open University liegt; in Deutschland ist es hingegen nur ein Prozent. Obwohl wir 150 Wege zum Studium haben, nutzen sie nur sehr wenige Menschen. Dazwischen liegen viele andere Länder; unter anderem auch Österreich und die Schweiz mit 6 Prozent, die ein klar ausgebautes System der beruflichen Bildung haben. Ich will später noch kurz darauf zurück kommen, was diese beiden Länder möglicher Weise anders machen.

Zunächst zur deutschen Situation. Es soll nicht nur ein internationaler Vergleich, sondern auch ein historischer Rückblick gegeben werden. Da habe ich den großen Vorteil, dass bei uns im Promotionskolleg der Hans-Böckler-Stiftung an der TU Dresden die Kollegin Elisabeth Schwabe-Ruck gerade ihre Dissertation genau zu dieser Fragestellung abgeschlossen hat. Diese erscheint dann auch im Laufe des Jahres 2011 im Buchhandel³. Sie beschäftigte sich mit der Frage, wie sich der Zweite und Dritte Bildungsweg in Deutschland historisch entwickelt haben.

Das Konstrukt der Begabtenprüfung besteht seit dem Kaiserreich.

Es ist ein sehr spannendes Buch, eine sehr spannende Analyse, denn sie zeigt, dass es diese Konstruktion der Begabtenprüfung - dieser Begriff steht ja auch immer noch im Raum; dieser und ähnliche Begriffe spielen in der Praxis stets noch eine große Rolle - im Grunde bereits im Kaiserreich gab. Denn da durfte man auf Empfehlung einer Person des öffentlichen Lebens - man kann sich hier in der Runde umsehen, wer hierfür in Frage käme; es sind

³ Schwabe-Ruck, Elisabeth: "Zweite Chance" des Hochschulzugangs? Eine bildungshistorische Untersuchung zur Entwicklung und Konzeption des Zweiten Bildungsgangs. Reihe: edition der Hans-Böckler-Stiftung, Bildung und Qualifizierung, Bd. 254.

wahrscheinlich nicht so viele, die die Kriterien des Kaiserreichs erfüllt hätten - eine Prüfung ablegen, um zur Universität zugelassen zu werden.

Es wurde etwas erweitert, aus dem ganz klaren Impuls heraus, eine Perspektive für Kriegsheimkehrer zu schaffen. Deshalb wurden die Abiturientenkurse auch in den 20er Jahren teilweise wieder eingestellt; teilweise aber auch von der Arbeiterbewegung fortgeführt. Die Nationalsozialisten haben dieses Konzept ebenfalls aufgegriffen, der Dritte Bildungsweg wurde in dieser Zeit sogar ausgebaut, um ideologisch zuverlässige Kampfgefährten auf eine Führungsposition in der neuen Ordnung, die man sich erhoffte, vorzubereiten. Und auch um deutlich zu machen, dass der Fachkräftemangel, der damals vorhanden war, für die Kriegsindustrie - man hatte nicht genügend Ingenieure, um die ganzen Panzer zu bauen - abgefedert werden sollte.

„Lückenfüllerfunktion“ statt „Beitrag zur Chancengleichheit“

Deshalb kommt Elisabeth Schwabe-Ruck zu dem Ergebnis, dass die Diskussion um den Zweiten und Dritten Bildungsweg auch sehr stark eine Fachkräftediskussion ist. Das könnte ebenso erklären, warum die derzeitige Diskussion seit zwei bis vier Jahren wieder aktuell ist und zuvor keine Rolle spielte. Das gleiche Argument des Fachkräftemangels, der Wille eine neue Staatselite zu rekrutieren, ist ganz klar auch nachweisbar für die Arbeiter- und Bauernfakultäten in der DDR. Und ebenso für den massiven Ausbau des Zweiten Bildungsweges in den 1960er und 1970er Jahren in der BRD, der später keine derart große Rolle mehr spielte, bis er auf die erwähnten 1,2 Prozent an den Universitäten heute zurück geht.

Elisabeth Schwabe-Ruck bilanziert: "Lückenfüllerfunktion" statt "Beitrag zur Chancengleichheit" - das ist eine sehr mutige These, die in diesem gewerkschaftlichen, sozialdemokratischen Kontext vielleicht provoziert. Aber wenn man ihr Buch liest, ist es sehr interessant, das nachzuvollziehen.

Man muss die Unterscheidung treffen zwischen "vor dem KMK-Beschluss" und "nach dem KMK-Beschluss." Es gibt einige Akteure, die sagen, wir haben da massiv etwas verändert. Beispielsweise hat der damalige Präsident der KMK, Henry Tesch, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, von einem "Quantensprung" und einer "dramatischen Öffnung der Hochschulen" gesprochen. Deshalb lohnt es sich, zu betrachten, wie die Situation 2007 vor dem KMK-Beschluss war.

Es gab damals Zugangsmöglichkeiten für beruflich Qualifizierte in allen Bundesländern, allerdings in sehr unterschiedlicher Ausprägung. Es gab ähnliche Zugangsvoraussetzungen: die abgeschlossene Ausbildung; teilweise auch die berufliche Fortbildung, vor allem in den süddeutschen Bundesländern; mehrjährige Berufserfahrung. Darüber hinaus gab es teilweise sehr unterschiedliche Regelungen zu Mindestalter, Notendurchschnitt, Wohn-

sitz und ähnlichem. Beispielsweise war es durchaus beliebt, dass Menschen, die sich für den Dritten Bildungsweg bewerben wollten, tatsächlich nachweisen mussten, dass sie mindestens fünf Jahre in dem Bundesland lebten. Es stellt sich die Frage, was das für eine inhaltlich begründete Perspektive ist. Diese Vorschriften wurden mit dem KMK-Beschluss zum Glück, muss man sagen, weitgehend entsorgt; es gibt sie heute nicht mehr.

30 verschiedene Regelungen in 16 Bundesländern

Es gab insgesamt mehr als 30 verschiedene Regelungen in 16 Bundesländern. Dennoch kann man drei Grundformen zusammenfassen:

1. Zuerkennung einer i. d. R. fachgebundenen Studienberechtigung für Meisterinnen und Meister in damals 10 Bundesländern;

2. Gab es die Möglichkeit einer nominell unterschiedlichen, substantiell ähnlichen Zugangsprüfung - Einstufungsprüfung, Zugangsprüfung, Immaturenprüfung u. a. sind hier die Begriffe -, die sich allerdings inhaltlich stark unterschieden haben. In Sachsen war es beispielsweise eine stellvertretende Abiturprüfung, während es in Niedersachsen ganz andere Berücksichtigung von beruflichen Erfahrungen gegeben hat und auch weiterhin gibt. Diese Prüfung war in allen Bundesländern außer Bayern und Baden-Württemberg möglich; 14 Bundesländer hatten das.

3. Gab es in 5 Ländern, u. a. in Berlin, das Probestudium, mit dem die Zugangsberechtigung im Rahmen eines zwei- bis viersemestrigen befristeten Studiums mit bestimmten Leistungsaufgaben erworben werden konnte.

Diese Unterschiede in den Regelungen bilden sich auch in den Anteilswerten jeweils ab. Dieser beträgt in Deutschland im Durchschnitt 1,09 Prozent. Es lohnt sich, die zweite Nachkommastelle abzubilden, da die Werte insgesamt so gering sind. Wir haben also eine Bandbreite zwischen Berlin mit 2,99 Prozent und Sachsen mit 0,16 Prozent in 2007 - hieran ist zu sehen, wie unterschiedlich diese Wege nachgefragt, aber auch gefördert und von den Hochschulen unterstützt werden. Es ist vielleicht kein Zufall, dass in Sachsen jede Hochschule selbst entscheidet, wie sie damit umgeht und da einen erheblichen Ermessensspielraum besitzt. Ich glaube, dass sogar teilweise rechtlich ganz hochproblematische falsche Aussagen getätigt werden; es gab ein Beispiel, dass eine aufstrebende Technische Universität in Sachsen, also meine eigene, sagte, wir wollen Exzellenzuniversität werden und haben eigentlich kein Interesse daran, diese Leute an unsere Universität zu bekommen.

Der KMK-Beschluss sollte die Durchlässigkeit fördern.

Das sahen die Regierungschefs von Bund und Ländern anders, in Dresden, im Oktober 2008. Sie haben gesagt, wir wollen eine allgemeine Hochschulzugangsberechtigung - also keine fachgebundene mehr - für die Meisterinnen und Meister. Und wir wollen eine Klärung dazu herbeiführen, wie die Studienberechtigung erwor-

ben werden kann für 'Gesellen'; also für Absolventen und Absolventinnen einer beruflichen Ausbildung und für eine gewisse Berufstätigkeit.

Die KMK hat diesen Beschluss dahingehend ausgelegt, dass es Interpretationsspielraum gibt - wie häufig bei KMK-Beschlüssen -, denn dort steht plötzlich, dass diese Berechtigung von einer erfolgreichen Eignungsfeststellungsprüfung abhängig gemacht werden kann. Das ist wieder ein anderer Begriff für die bekannte Zugangsprüfung. Das wiederum interpretieren einige Bundesländer allerdings anders; in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wurde mit den aktuellen Hochschulgesetznovellen für beruflich Qualifizierte eine fachlich gebundene, auf fachaffine Bereiche begrenzte Studienberechtigung festgelegt. Da können letztlich 'Gesellen' in fachlich entsprechenden Studiengängen, sofern diese nicht zulassungsbeschränkt sind, studieren. Das ist durchaus ein mutiger Schritt, den aber die anderen 13 Bundesländer nicht mitgehen. Und auch die fachliche Beschränkung, die fachliche Affinität, die die KMK im Beschluss festgeschrieben hat, wird nur von fünf Bundesländern umgesetzt; von Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hessen und Mecklenburg-Vorpommern.

Wie sieht es nun heute aus? Man wollte mit dem KMK-Beschluss die Bandbreite der möglichen Regelungen verkleinern; man wollte vereinheitlichen. Das ist nicht so ideal gelungen, wie es vielleicht erwartet wurde. Es ist zu konstatieren, dass die allgemeine Zugangsberechtigung für Meisterinnen und Meister im Grunde bis auf die Ausnahmen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern umgesetzt wurde; Berlin wird das im neuen Hochschulgesetz umsetzen, zurzeit ist die Möglichkeit noch nicht gegeben. Drei Bundesländer gehen noch einen Schritt weiter in der Zuerkennung der Zulassung; Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen lassen auch "Gesellen" zu. Rheinland-Pfalz hat hierbei den mutigsten Schritt gewagt, sie erkennen eine allgemeine Studienberechtigung für die Fachhochschulen zu und damit erübrigt sich aus deren Sicht der Dritte Bildungsweg vollständig. Sie haben damit die Zugangsprüfung abgeschafft. Die fachgebundene Zugangsprüfung und das Probestudium kann man auch dort sehen, wobei das Probestudium weniger genutzt wird als die Zugangsprüfung.

Werden wir praktisch: Wenn ich Schreiner wäre, könnte ich nach aktueller Regelung in Berlin in einem fachlich affinen Bereich, nehmen wir mal an Innenarchitektur wäre das, ein Studium aufnehmen, sofern ich von der Fakultät akzeptiert werde. Wenn ich in Niedersachsen bin, kann ich Innenarchitektur ohne Prüfung studieren. Und ich kann in Niedersachsen auch beispielsweise Betriebswirtschaftslehre nach bestandener Prüfung studieren - das kann ich nach aktueller Regelung in Berlin wiederum nicht. Wenn ich allerdings Meister bin, kann ich überall alles studieren - außer in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Und wenn ich als Schreiner in Rheinland-Pfalz studieren möchte, könnte ich an der Universität Innenarchitektur studieren, aber an der Fachhochschule auch BWL. Das als kurze Verdeutlichung.

Österreich und Schweiz als Beispiele höherer Durchlässigkeit im Hochschulsystem

An den Universitäten in Deutschland und der Schweiz dominiert ganz eindeutig das Abitur; in Österreich ist das nicht so eindeutig. Dies ist auf die beruflichen höheren Schulen zurückzuführen, die eine allgemeine Studienberechtigung mit einer Berufsausbildung verbinden und die keine Unterscheidung machen bei der Studienmöglichkeit. Das heißt, man kann an einer beruflich höheren Schule eine Ausbildung zum Schreiner mit dem Abitur verbinden. Und vielleicht lohnt es sich mal genau zu betrachten, was in Österreich gemacht wurde, um ein historisch gewachsenes System der beruflichen Bildung in den letzten 20 Jahren sehr stark zu modernisieren und welche Anforderungen hierbei entstehen.

Interessant ist außerdem der Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen im Dritten Bildungsweg; oder auch mit der Hochschulzugangsberechtigung aus dem beruflichen System. In Österreich und in der Schweiz kann man unter bestimmten Bedingungen mit einem Lehrabschluss, wie es dort heißt, ein Studium an einer Fachhochschule aufnehmen – das ist ein besonderer Zugangsweg, den es in Deutschland bisher in der Form nicht gibt. In Deutschland haben wir an den Fachhochschulen 1,8 Prozent, an den Universitäten 0,6 Prozent - ein deutlicher Unterschied, keine Frage, aber die Unterschiede in anderen Ländern sind deutlich größer. Gerade wenn man wie in Österreich und der Schweiz die beiden Formen zusammenrechnet. Dann erhält man für Universitäten insgesamt niedrige Werte, aber für die Fachhochschulen auch deutliche Abweichungen. Und das liegt aus meiner Sicht durchaus daran, dass Österreich, aber auch die Schweiz, für die Fachhochschulen in den letzten 15 Jahren ganz klar auf den Erwerb von Studienberechtigungen in einem modifizierten System der Berufsausbildung mit einer ganz starken höheren beruflichen Schule gesetzt haben.

Natürlich sind diese Zahlen nicht eins zu eins vergleichbar. Aber wenn das deutsche System nicht mit diesen Ländern zu vergleichen ist, können wir es auch gleich lassen und sagen, dass wir auch Berlin und Brandenburg nicht vergleichen könnten. Man kann sehen, dass in dem Aspekt, Schnittstellen zu schaffen - insbesondere in der oberen Sekundarschule - eventuell auch ein Reformimpuls liegen könnte.

Mögliche Reformansätze: Durchlässigkeit, von Beispielen lernen, gemeinsame Curricula

Ich möchte nun mit möglichen Reformansätzen schließen; den ersten hatte ich bereits benannt: mehr Durchlässigkeit. Wenn man diese wirklich will, und nicht an dem Mythos der Begabung festhalten möchte, die letztlich in wesentlichen Faktoren auch nur sozial determiniert ist, dann kann man sich nach Österreich orientieren. Möglicherweise ist das Modell der beruflich höheren Schulen auch ein Konzept für Deutschland; ein zugegebenermaßen teures, aber dafür auch ein sehr respektiertes

Modell. Man kann den Weg von Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen weitergehen und sagen, in bestimmten Fällen wollen wir die Zuerkennungslösung auch für 'Gesellen'. Wir können gleichzeitig in Berlin die fachliche Affinität abschaffen als Anachronismus – auch gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Beschlüsse. Und das Setzen von inhaltlichen Akzenten wäre natürlich möglich. Hierbei können wir uns auch an Österreich orientieren, da diese einen sehr stark strukturierten Vorbereitungslehrgang auf die Berufsreife bzw. Studienberechtigungsprüfung anbieten. Und zwar nicht jede Universität für sich, sondern es gibt ein gemeinsames Curriculum, das mit den Volkshochschulen abgestimmt wurde. Diese Erfahrungen unserer Nachbarn sind sehr gut, hören jedoch bei der Prüfung nicht auf. Danach muss die Beratung und Betreuung weiter gehen. Die Diskussionen um habituelle Passunmöglichkeiten, dass Menschen mit dem akademischen Habitus nicht zwingend klar kommen, sind bekannt. Und daher würde ich sagen, dass die Menschen ein Jahr vor dem Zugang und mindestens ein Jahr danach eine besondere Begleitung brauchen - das kostet auch wieder Geld, aber das wäre sicherlich gut ausgegebenes Geld, wenn man eine Durchlässigkeit erreichen möchte.

Man muss dann auch nach den tatsächlichen Finanzierungsmöglichkeiten fragen. Selbst, wenn sich die Verbesserung beim Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), die immer wieder in den Diskussionen ist, durchsetzen würde, hätte dennoch der BAföG-Höchstsatz für eine 30-jährige Meisterin, die eine Familie hat, keine große Attraktivität, um dann für etwa 600 Euro pro Monat tatsächlich ihre Berufstätigkeit zu verlassen, ihre Altersversorgung nötigenfalls aufzukündigen usw. Da muss man sich fragen, wie mit dieser spezifischen Frage umzugehen ist.

Eva-Maria Stange:

Dr. Ernst Dieter Rossmann ist allen bekannt, seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestags und dort ein Kämpfer für ein sozial gerechtes Bildungssystem. Er ist Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung (AGBF) innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion und ist damit auch im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages. Aber Ernst Dieter Rossmann ist nicht nur als Mitglied des Bundestages in diesem Bereich tätig, sondern er ist auch Vorsitzender des Deutschen Volkshochschul-Verbandes e.V. Das ist eine sehr interessante Kombination, auch gerade in diesen Zeiten, in denen es den VHS-Verbänden nicht ganz so gut geht. Und unter anderem ist er auch Mitglied im Verwaltungsrat des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung - also er schlägt auch die Brücke in die Erwachsenenbildung hinein. Ich erwähne dies deshalb, weil – gerade vor dem Hintergrund der Diskussion Lebenslangen Lernens - Durchlässigkeit im Bildungssystem ja nicht bei der Hochschulbildung endet. Sondern wir müssen auch einen Blick in den Bereich des Lebenslangen Lernens über diese Institutionen hinaus wagen. Und das bringt Ernst Dieter mit seinem Engagement auch jenseits seines Bundestagsmandats mit.

Impulsbeitrag von Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB

Ich möchte fünf Punkte als Impuls ansprechen: zur Tradition, den Widerständen, Chancen, Strukturen und Maßnahmen. Einleitend darf man sagen, Matthias Anbuhl, wir haben gestern schon zusammengesessen bei der Zukunftswerkstatt zu Hochschulpolitik. Die Werkstatt von Hannelore Kraft, die sich mit Hochschulpolitik und ihrer Entwicklung befasst und unter anderem auch den Leitgedanken: „wie kommen wir zur offenen Hochschule?“ verfolgt. Und da passt diese Veranstaltung wunderbar rein und es gibt möglicher Weise auch gleichzeitig Impulse, die wir dort mit setzen können.

Ich will zur Tradition so viel sagen, dass, wenn man wie ich aus Schleswig-Holstein kommt, wir alle die legendäre Hochschule für Wirtschaft und Politik kennen. Deren berühmtester Absolvent, Björn Engholm, wurde Parteivorsitzender der SPD. Aber das war eine Hochschule, die sich auf die sozialwissenschaftlichen Komponenten bezog und die von Gewerkschaften in dieses Milieu hinein gegründet wurde. Und diese Hochschule hat ganz viele Menschen ohne akademische Qualifikation, aber wie beispielsweise bei Björn mit Druckerqualifikation, zu ungeahnten Höhen begleitet. Das ist eine Beobachtung.

Widerstände gibt es aus unterschiedlichsten Richtungen.

Eine andere: ich war Landtagsabgeordneter und Bildungssprecher in Schleswig-Holstein und da hatten wir relativ früh einen Vorstoß gemacht, nämlich als Björn Ministerpräsident wurde 1988, 1990 kam das Hochschulgesetz. Dabei gab es massive Widerstände. Diese Widerstände kamen aus Handwerk und Mittelstand, weil sie sagten, auch das noch, die besten Leute gehen jetzt weg. Und wenn das nicht Schleswig-Holstein gewesen wäre, sondern ein industriebesetztes Land, dann hätte schon damals ein früherer Telekom Chef Thomas Sattelberger, wie wir ihn jetzt im Namen der Großindustrie erleben, gesagt, das wollen wir aber gerne, dass unsere beruflich besten Leute auch ein Studium absolvieren. Es gibt also durchaus zum Widerstand in der Wirtschaft ein uneinheitliches Bild. Ich vermute, dieses würde es auch immer noch zu überwinden gelten, wenn wir auch den breiten Mittelstand des Handwerks für diese Perspektive gewinnen wollen.

Der zweite Widerstand kam aus dem Philologenverband, der sagte, ihr macht den Wert des Abiturs kaputt. Aber das waren auch nicht die einzigen. Es gab auch die Hochschulrektoren, die sagten, die kommen jetzt auch noch. Und hierbei hat sich in der Tat ein interessanter Kulturwandel vollzogen, bis hin in die letzte Zeit, in der wahrnehmbar war, dass sogar ein CDU-Bildungsminister sagte, es wird endlich Zeit, dass an den Hochschulen ein anderer Geist einzieht, nämlich ein Geist aus der beruflichen Praxis. Das wäre vor 20 Jahren aus einem konservativen Milieu nicht vollstellbar gewesen, nur damit wir uns der Dynamik gewiss sind.

Und schließlich gab es auch damals in Schleswig-Holstein diejenigen, die Studierenden, die sagten, die Hochschulen sind sowieso schon überfüllt, die brauchen wir nicht auch noch. Das war der Kampf um Studienressourcen. Wir sollten auch diskutieren, was das heißt, wenn wir eine offene Hochschule fordern und gleichzeitig ganz viele mit einem "ganz normalen Zugang", jetzt in 450.000-er Qualität, an die Hochschulen drängen. Ich will diese Widerstände hier nur benennen, damit man mit ihnen politisch umgehen kann.

Wir müssen die Chancen einer *offenen* Hochschule stärker herausarbeiten.

Wenn wir das für die SPD als ein Hauptthema entwickeln wollen – auch immer unter dem Leitgedanken "offene Hochschule" – sollten wir die individuellen Chancen, die Wirtschaftschancen, aber auch die Chancen zur Veränderung der Hochschule selbst durch eine andere Zusammensetzung der Studierendenschaft herausarbeiten. Es darf für uns ein Leitbild sein, nicht nur in der Schule gemeinsam zu lernen, sondern auch in der akademischen Bildung gemeinsam zu lernen – zwischen den beruflich und den schulisch Vorqualifizierten. Und ich finde, dieses Leitbild, Menschen verschiedener Qualifikation gemeinsam lernen und gemeinsam studieren zu lassen, kann man auf die verschiedensten Bildungsbereiche übertragen und es ist auch eine sozialdemokratische Erziehung.

Auf den vierten Punkt muss man sich jetzt informativ beziehen. In welchen Strukturen bewegen wir uns? Und natürlich blickt ein Bundespolitiker aus der Bundesrichtung darauf. An den Anfang gestellt: wir hätten vom Bund her die Zugänge einheitlich und zentral regeln können – aber nach der Föderalismusreform dürfen wir das nicht mehr. Dies ist eindeutig in der Föderalismusreform I ausgeschlossen worden. Zuvor hatte der Bundesgesetzgeber noch die Kompetenz für Abschlüsse und Zulassungen, aber der Zugang ist im Zuge der Reform weggefallen. Denn, wenn man in die Bemerkung der Föderalismusreform I hinein sieht, konnte man lesen, dass der Bund dies aus dem Grund nicht regeln dürfe, weil der Zugang eine Verbindung mit den schulischen Abschlüssen hat - und hierfür sind die Länder zuständig. Soweit die Gesetzgebung.

Der Bund hat noch Kompetenzen wenn es um die Haushaltsgesetzgebung geht; er kann Programme initiieren. Und tatsächlich gibt es dort beispielsweise aus der jetzigen Administration heraus ein "*Aufstiegsstipendium*", das ohne Zweifel diesen Teil mit berührt. Es gibt aber auch Fachprogramme für über 250 Millionen Euro, bei denen über mehrere Jahre ein Wettbewerb ausgerufen wurde, wie Hochschulen sich in Bezug auf berufsbegleitendes und berufsqualifizierendes Studium am besten positionieren können. Da ist also gestalterisch Luft vorhanden. Was die Länder betrifft, haben diese natürlich das Recht der Zugangsregulation und sie haben die Pflicht, die Hochschulen entsprechend auszustatten.

Und im Bereich Hochschule und Wirtschaft gibt es ganz viele Gestaltungsmöglichkeiten, die von uns immer zusammen im Blick behalten werden sollten.

Deshalb, ich komme im Schnelldurchgang zum Schluss, es soll ja ein Impuls sein, sieben Punkte angesprochen, welche mögliche Maßnahmen es geben könnte:

Regelmäßige Evaluierung und Neuorientierungen sind nötig.

Die erste Maßnahme wäre zunächst, und das müssen wir hier auch zusammen diskutieren, dass man nach der KMK-Vereinbarung – die einerseits eine Öffnung herstellten, aber andererseits auch eine Orientierung herbeiführen sollte – rückfragen muss, wie weit wollen wir tatsächlich darauf drängen, dass es einheitliche, gemeinsame Lösungen gibt? Oder ist es vielleicht doch besser, wenn es immer die Ausweichmöglichkeit und damit, meinerwegen das Angebot von Rheinland-Pfalz, besonders fortschrittlich zu sein, gibt? Das ist immer das Wechselspiel zwischen Einheitlichkeit und avantgardistischen Lösungen. Ich denke jedoch, aus sozialdemokratischer Sicht sollten wir mindestens eines fordern: sich nach einer gewissen Zeit wieder zusammen zu setzen und zu schauen, ob man es neu, auf ein einheitliches Niveau aus den besten Erfahrungen heraus führen kann. Das Prinzip wäre dann: immer erst einmal einheitlich gestalten. Es reißen einige Länder aus und nach einer gewissen Zeit wird erneut geprüft, wird man einheitlich auf dem Benchmark, der durch die mutigsten gesetzt ist. Und das, so finde ich, sollte die erste Forderung sein.

Es muss ein Konsens gefunden werden in der Frage DQR und EQR.

Das Zweite bezieht sich auf komplexe Zugänglichkeit in Bezug auf Bachelor und Master. Natürlich ist für die beruflich qualifizierte Zugänglichkeit zuallererst der Bachelor vorgesehen, aber ich sehe dort ein Problem kommen, zu dem wir uns im Zusammenhang mit dem EQR und DQR positionieren müssen. Bezüglich DQR und EQR steht auch noch nicht fest, inwiefern die berufliche Bildung in eine einheitliche Kategorie fällt. Und es dämmerd einem förmlich, dass – falls es dort eine Zweiteilung geben soll – ein Teil der beruflich Qualifizierten bei 4 sind und ein anderer bei 5. Ich sehe es schon förmlich, dass es dazu kommen kann, dass dann gesagt wird, die mit der Frisörausbildung möchten wir an keiner Hochschule sehen, aber der mit einer Maschinenbauausbildung, der soll gerne zur Hochschule. Das müssen wir diskutieren. Und auch, ob wir als Sozialdemokratie sagen, auch aus diesem Gesichtspunkt heraus sollte die Zugänglichkeit für den abgeschlossenen Berufsabschluss zur Hochschule, Fachhochschule bzw. die gebundene Zugänglichkeit - den wollen wir nicht teilen, sondern da sind wir für die Unteilbarkeit der beruflichen Qualifikation auch im Rahmen der Diskussion um den Qualifikationsrahmen. Und auch im Bezug auf Master diskutiert: was bedeutet es eigentlich, dass wir einerseits sagen, die Meisterqualifikation und der Bachelor sind auf dem glei-

chen Niveau und andererseits gleichzeitig immer denken, der Meister sollte an den Bachelor anschließen. Das wirft dann mehrfache Fragen auf, sowohl in Bezug auf die berufliche Qualifikation zum Bachelordurchgang als auch auf die Meisterqualifikation für Bachelor- und Masterdurchgang. Ich finde, die Anrechnungsfrage ist eine differenzierte Fachfrage, die sicherlich jetzt in den Ländern durchzubuchstabieren sein wird. Hierbei wäre aber auch ein Sachstandsbericht oder gar eine wissenschaftliche Betreuung nötig. Was kann man denn überhaupt anrechenbar machen lassen auf Studienleistungen, wenn Menschen eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen Meistertitel haben, mindestens beim Meister in Bezug auf den Bachelor- und / oder Masterzugang.

Für den Hochschulzugang müssen sinnvolle Kriterien entwickelt werden.

Ich sehe da noch ein Detail, beim Masterzugang gibt es immer auch eine Dreiteilung, was mögliche Kriterien angeht – es werden noch immer die Abiturnoten, der Bachelorabschluss und mögliche zusätzliche Kriterien herangezogen. Aber wofür braucht es denn Abiturnoten, wenn jemand einen sehr guten Bachelor gemacht oder einen sehr guten Meistertitel gemacht hat? Müssen wir uns nicht davon verabschieden, den Masterzugang noch mit Abiturnoten zu verbinden, obwohl dazwischen der Bachelor oder ein Meister steht? An der Stelle müssten wir auch ins Detail einsteigen.

Es müssen Kooperationen für Brücken- und begleitende Kurse geschaffen und ausgebaut werden.

Der vierte Punkt, der auch bereits angesprochen wurde, bezieht sich darauf, dass wir – sicherlich ohne Vorurteile – Brückenkurse, Vorbereitungskurse, begleitende Kurse u. ä. für beruflich Qualifizierte anbieten müssen. Und wenn die Volkshochschulen angesprochen werden, sind sie auch immer gerne dabei, nicht nur für ausländische Studierende Angebote machen zu können, sondern auch in dieser Richtung. Wir wissen, dass wir dort eine Vereinbarung der Volkshochschulverbände mit der Hochschulrektorenkonferenz haben über eine Kooperation. Ich nehme das gerne nochmal als Impuls auf, dass da Budder bei die Fische kommt, wie man an der Küste sagen würde, was konkrete Angebote zwischen diesen Bildungsträgern anbelangt.

Beruflich Qualifizierte benötigen sichere finanzielle Förderungsmöglichkeiten.

Der fünfte Punkt bezieht sich darauf, dass es Fördermöglichkeiten gibt, die sich einerseits auf das BAföG beziehen, bei dem es jetzt schon Regelungen gibt, dass man auch unabhängig von Altersgrenzen nach BAföG gefördert werden kann, wenn man - das sind dann Sondertatbestände im BAföG - eine Hochschulausbildung macht. Aber es gibt auch gleichzeitig das Aufstiegsstipendium. Und beides zusammen ist noch nicht kompatibel. Um es an einem Beispiel zu verdeutlichen: Menschen

mit einem Aufstiegsstipendium, wenn sie berufsbegleitend studieren, erhalten 1700 Euro Jahresbeitrag für ihre Aufwendungen; das ist mir aber beim BAföG nicht bekannt. Daher die Rückfrage, brauchen wir auch noch eine Diskussion darüber, dass die Qualitäten des Aufstiegsstipendiums vergleichbar beim BAföG sind; und auch in dem Rechtsanspruch, den man dann im BAföG ableiten kann?

Etablierung eines zentralen Informationszentrums

Der sechste Punkt hat mit der Frage zu tun, was diese landesübergreifende Vielfalt, die man kaum noch richtig rezipieren kann, für diejenigen, die sich orientieren wollen, bedeutet. Ich habe mindestens in der Vorbereitung gelesen, dass es in England beispielsweise ein zentrales Informationszentrum gibt, an das sich Interessierte wenden können. Und dieses zentrale Informationszentrum für Deutschland gibt es noch nicht. Kann das nicht eine erste Forderung sein, die wir dann über den Parteivorstand in einen möglichen Werkstattbericht "Bildung, offene Hochschule" aufnehmen sollten? Zumal sich dort auch Bund und Länder zusammen tun könnten. Die Chance ist deshalb vorhanden, weil wir eine andere Diskussion um Anerkennung erleben, nämlich die Anerkennung ausländischer Qualifikation, in der es auch um ein solches Informationszentrum oder mehrere Netze geht. Und an dieser Diskussion politisch anzudocken, die gleiche Struktur auch in Bezug auf die beruflich Qualifizierten, die ja faktisch auch eine Anerkennung ihrer beruflichen Qualifikation und Zugänglichkeit haben wollen, vielleicht sogar beide Netze miteinander zu verbinden, hielte ich für strukturell interessant.

Wir müssen für unsere Idee der offenen Hochschule werben!

Damit ist man beim letzten Punkt: der allgemeinen Information und Werbung. Die Zahlen sprechen klar aus, dass sich wesentlich mehr Menschen interessieren, als z.B. ein Aufstiegsstipendium erhalten. Aber auch, dass viel mehr Menschen sicherlich diesen Weg gehen würden, wenn sie überhaupt Hochschule so wahrnehmen würden, dass man dort auch als beruflich Qualifizierter eine Chance hat - das ist aber noch nicht der Fall. Ich denke, wir machen uns als Insider ein falsches Bild von der Informationslage vieler Menschen. Man braucht eigentlich Werbung dafür, dass man mit beruflicher Qualifikation akademische Bildung anschließen kann und deshalb muss es eine Werbestrategie geben. Ich empfehle, und damit komme ich auf den Ausgangspunkt zurück, dass eine Werbestrategie darin liegen könnte, dass wir ausdrücklich sagen und immer davon reden offene Hochschule, offene Hochschule, offene Hochschule. Wenn sich das in den Köpfen der Menschen fest setzt, dann sagen sie: „Wieso, ich dachte bisher, wenn ich kein Abitur habe, sei die Hochschule für mich geschlossen.“. Wenn wir den Begriff offene Hochschule sozialdemokratisch besetzen, dann erreichen wir nicht nur ein Profil, sondern auch marketingmäßig, werbemäßig, informationsmäßig die Menschen, die wir dafür brauchen.

Impulsbeitrag von Matthias Anbuhl

Peter Befeldt hatte heute Morgen gesagt, eines der zentralen Themen, das hat auch der DGB immer gesagt, sei die soziale Spaltung im Bildungswesen. Ich will noch eine zweite Spalte hinzufügen. Ulf Banscheraus hatte es bereits erwähnt, das ist die Spaltung zwischen akademischer und beruflicher Bildung in unserem System. Wir spüren das im Moment sehr stark in der Diskussion um den DQR, in der es darum geht, weit möglichst auch beruflich Qualifizierten, auch Menschen aus beruflichen Aufstiegsfortbildungen, hohe Niveaustufen zuzuordnen. Hier gibt es von der akademischen Lobby - so nenne ich sie jetzt mal - sehr starke Abwehrkämpfe. „Akademische Lobby“ ist jetzt etwas verallgemeinert, das wird natürlich sehr viel differenzierter diskutiert.

Der KMK-Beschluss ist nicht schlecht – aber überschätzt.

Einen großen Raum nimmt die Frage des Zugangs beim KMK Beschluss aus Stralsund vom März 2009 ein. Ich halte diesen Beschluss für nicht schlecht - er hilft insbesondere Meistern was das Zugangsrecht angeht. Ich halte ihn allerdings auch für überschätzt, weil ich denke, dass er den Zugang unterhalb der Meisterebene sehr schwer macht. Ich möchte das jetzt mal aus der Perspektive eines Mitglieds einer Gewerkschaft thematisieren. Wenn ich mich mit einem Kollegen aus einer Mitgliedergewerkschaft treffe, der einen Meister gemacht hat und ihm sage: „Gut, jetzt hast du einfache Zugangsregelungen; für den Meister ist es geöffnet. Schau dir die Synopse des Kollegen Banscheraus an, in diesen Ländern ist es möglich. Willst du nicht anfangen?“. Dann treffe ich ihn biografisch vielleicht in einer ganz schwierigen Situation. Er hat eine Familie gegründet und will sich im Betrieb positionieren. Für ihn muss ganz viel zusammen kommen, damit wir ihn dann wirklich auch an eine Hochschule bringen. Und dafür sind Rahmenbedingungen jenseits des Zugangs nötig. Ich möchte hierfür einige Aspekte herausgreifen.

Ausbau von Teilzeitstudienmöglichkeiten ist nötig.

Das erste ist das berufsbegleitende bzw. Teilzeitstudium. Es ist dem benannten Kollegen eigentlich kaum zuzumuten, noch einmal im ersten Semester ein Vollzeitstudium aufzunehmen, sondern es geht eigentlich um berufsbegleitende Studien. Dort sind wir sehr unterentwickelt in Deutschland, die Quote der Teilzeitstudien liegt, glaube ich, bei 4 Prozent - in Großbritannien, Wales und Schottland zusammengerechnet sind es 30 Prozent.

Erwachsenenbildungsförderungsgesetz könnte finanzielle Frage klären.

Das zweite ist die Frage der finanziellen Förderung - das hatten wir heute bereits - es ist natürlich auch mit Einkommensverlust verbunden. Ich denke, wir haben jetzt beim BAföG eine Altersgrenze von 35, als ersten unbürokratischen Schritt könnte man diese Altersgrenze einfach fallen lassen. Aber ich stimme auch damit überein, dass ein Höchstsatz von 600 Euro für beruflich

Qualifizierte, für Meister und für Menschen, die schon länger im Beruf stehen nicht sonderlich attraktiv ist. Da muss mit Sicherheit auch noch jenseits des Aufstiegsstipendiums überlegt werden, ob nicht dort ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz nötig wäre, das auch dieses Lebenslange Lernen weiter fördert.

Auch die Hochschulen müssen sich ändern.

Das nächste ist die Anrechnung beruflicher Qualifikation. Wir haben das Modellprojekt "Ankommen" gehabt, das für 11 Hochschulen in 12 Studiengänge Anrechnungsmöglichkeiten identifiziert hat. Das ist okay, aber es ist natürlich weit hinter dem, was es in anderen Ländern gibt, auch im europäischen Ausland. Ich habe jetzt in einem Artikel von Ulf Banscheraus gelesen: Frankreich hatte 1934 das erste Anerkennungsgesetz - da ging es um berufliche Qualifikation von Ingenieuren, die auch zu einem Abschluss kommen und diese konnten einen universitären Abschluss mit einer weitreichenden Anerkennung machen. Curricula ist glaube ich ein weiterer Punkt; ich glaube wir brauchen nicht nur Vorbereitungskurse für Studierende und beruflich Qualifizierte, sondern wir müssen auch an den Hochschulen generell was ändern. Die Hochschulen müssen auch auf die Kompetenzen der beruflich Qualifizierten eingehen.

Die Frage des DQR und EQR wird eine entscheidende sein!

Und ich möchte am Ende auf die Spaltung eingehen, Thema DQR. Dort haben wir 8 Niveaustufen, hierbei ist 1 die unterste und 8 die höchste. Diese sollen sich ab 2012 im Zeugnis wiederfinden. Und wir erleben derzeit eine sehr intensive Diskussion darüber, ab wann welche Abschlüsse zugeordnet werden und welche Rolle beruflich Qualifizierte einnehmen - ob sie gleichwertig zu akademischen Abschlüssen zu werten sind. Und wenn es um die höchsten Niveaustufen 6, 7 und 8 geht, dann ist die Hochschuleseite relativ klar: man sagt Bachelor - 6; Master - 7; Promotion - 8. Dabei stellt sich aber die Frage, wie es auf der beruflichen Seite aussieht? Die Vision des DGB ist es, zu sagen, man kann auch die höchste Qualifikationsstufe erreichen, ohne eine Hochschule von innen gesehen zu haben. Wir haben neben den 300.000 Hochschulabsolventen und -absolventinnen ungefähr 125.000 Teilnehmer/innen der beruflichen Aufstiegsfortbildung und die müssen sich auch in einem derartigen DQR wiederfinden.

Wir sind derzeit dabei, die Zuordnung zu den Quoren auszuhandeln. Dabei sagen wir als DGB, dass beispielsweise ein Systemmanager auch auf der Stufe 6 angesiedelt werden könne; dass es auch Berufe der Qualifikationsstufe 7 gibt und dass auch für Führungskräfte die Qualifikationsstufe 8 erreichbar sein muss. Das wird, wenn es so umgesetzt wird, wie wir uns es wünschen, auch Auswirkungen auf das Bildungssystem insgesamt haben. Erst einmal nicht juristisch, es gibt ein Gutachten darüber, wie sich der DQR auswirkt. Rein juristisch ist es zunächst ein Vergleichsinstrument. Das heißt, dass zunächst geschaut wird, ob es in den Niveaustufen äquivalent ist.

Aber es ist natürlich klar, dass wenn Systemmanager und Bachelor auf der selben Niveaustufe sind, erklärt werden muss, warum jemand mit der Niveaustufe 6 auf dem Zeugnis nicht zur Hochschule darf oder eine Prüfung oder eine Probephase absolvieren muss; während jemand mit einer rein akademischen Laufbahn dies nicht muss. Ebenfalls müsste in den unteren Niveaustufen diskutiert werden, warum ein Abiturient mit Leistungskurs Englisch und Geschichte ohne Prüfung einfach Chemie studieren kann; während die Chemikantin, die einen Schulabschluss und 3 Jahre Ausbildung in diesem Bereich hat, dort ein Probestudium oder eine Prüfung absolvieren muss.

Wir müssen an den biografischen Situationen der Menschen ansetzen.

Insofern plädiere ich dafür zu sagen: Zugang ist wichtig; aber, das war mein Kern, um die Menschen wirklich an die Hochschule zu bringen, müssen wir an der biografischen Situation ansetzen und brauchen mehr Bedingungen: Teilzeitstudium, bessere Anrechnung, bessere finanzielle Förderung, bessere Curricula! Der DQR ist eine Maßnahme, die hier möglicher Weise zu mehr Gleichwertigkeit führen kann. Vielen Dank.

Diskussion

Prof. Dr. Theda Borde , Rektorin der Alice-Salomon-Hochschule, Berlin:

Wir haben an unserer Hochschule sehr viel gemacht in diesem Bereich. Es gab den Bedarf an der Entwicklung von Anrechnungs- und Anerkennungsverfahren, weil wir Berufe akademisiert haben, die bisher noch nicht akademisiert waren. Wir waren da auch Vorreiter.

In diesem Zusammenhang komme ich auch zu dem Thema Chancengerechtigkeit und -gleichheit; denn in dem Moment, in dem bspw. Gesundheitsberufe - SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen sind es schon etwas länger - akademisiert sind, brauchen sie natürlich auch gerechte Entlohnung für ihre Tätigkeit. Dabei sind wir noch weit entfernt von dem, was wir uns wünschen. Erst dann werden auch diese traditionellen Frauenberufe attraktiv für Männer - und auch da wollen wir hinkommen.

Und zu dem Thema Vereinbarkeit von Studium und Beruf haben wir ebenfalls sehr innovative Konzepte entwickelt, möchte ich sagen; z.B. über berufsintegrierende, nicht nur berufsbegleitende Studiengänge. Zum Beispiel für „Erziehung und Bildung im Kindesalter“ - also frühpädagogische Fachkräfte, wo wir mit Trägern zusammen arbeiten, die uns sogar eine Stiftungsprofessur gewährt haben - gibt es eine enge Integration der Qualifikation der Fachkräfte am Arbeitsplatz und damit verbunden die Anerkennung und Anrechnung von Modulen, die an der Arbeitsstelle erbracht werden. Bachelor „Soziale Arbeit online“, der speziell konzipiert ist für die *nicht-traditionell Studierenden*. Und ich kann sagen, es wird Sie nicht wundern, unser Frauenanteil unter den Studierenden liegt bei

75 Prozent - und da sind wir erfinderisch geworden, um eben auch *nicht-traditionell Studierende* zu gewinnen.

Ein weiterer Punkt ist die Zulassung; wir haben zulassungsbegrenzte Studiengänge, ZVS, Numerus Clausus etc. Hier haben wir uns im hochschuleigenen Zulassungsverfahren auch speziell auf die nicht-traditionellen Studierenden eingelassen. Wir vergeben Bonuspunkte, die eine vielleicht nicht so gute Abiturnote teilweise ausgleichen können: für Berufstätigkeit, abgeschlossene Berufstätigkeit, für eine andere Muttersprache außer Deutsch. Wir versuchen damit den Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund - und auch mit internationalen Erfahrungen zu erhöhen. Das ist noch nicht so wirksam, wie wir uns das wünschen.

Dr. Eva-Maria Stange, MdL:

Ich möchte ergänzen, die Alice-Salomon-Hochschule war meines Erachtens die erste, die ErzieherInnen auf akademisches Niveau angehoben hat und damit auch einen Durchbruch in Deutschland geschafft hat; gerade für einen Ausbildungsberuf, der in einer Sackgassenkarriere - so will ich es mal sagen - endete, aber auch genau diesen erhöhten Ansprüchen für den Beruf, der damit verbunden ist, Rechnung trägt.

Günther Häfner, Frankfurt/Main:

Ich habe in der Diskussion die Fachschüler und Fachschülerinnen vermisst. Denn wir haben in Deutschland ja auch viele Fachschüler. Und die Techniker-Schulen sind daran - sie haben ja einen Verband gegründet - Klarheit darüber einzufordern, gerade auch im Rahmen des DQR, wie denn die Fachschulen abgebildet werden. Denn nach dem System würden die Fachschüler, die einen Teil der Erwachsenenbildung und Weiterbildung darstellen, völlig heraus fallen. Sie werden auf interessante Weise überall vergessen; von Professoren und anderen Leuten. Das ist meine erste konkrete Frage.

Wenn wir eine offene Hochschule und die Gleichwertigkeit wollen, dann müssen wir sie konsequent wollen – das wäre ein Paradigmenwechsel. Denn angesichts der Veränderungen in den Berufen, gerade wenn ich an die gewerblichen Berufe denke, wird es ein Bürokratiemonster für Gutachter, die einen Haufen Geld verdienen könnten, weil man permanent jedes Jahr begutachten müsste, wie sich Zugangsvoraussetzungen verändern. Ich persönlich bin der Auffassung, dass man an dieser Stelle sagen muss, "konsequente Gleichwertigkeit".

Lena Ulbricht, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB):

Ich sehe das Problem, dass man diesen KMK-Beschluss tatsächlich auch überschätzt und zwar regelt man dort rechtlich Dinge, ohne gleichzeitig Bedingungen zu schaffen.

Ich möchte einige dieser Bedingungen ansprechen: Es ist auch noch einmal wichtig, zu betrachten, wie es mit der Hochschulzulassung aussieht. Denn wenn diese Personen, die z. B. Meister und Techniker sind, die

Möglichkeiten haben, sich an einer Hochschule für jedes Studienfach zu bewerben - das sagt ja das Gesetz - und die meisten Bundesländer haben das umgesetzt - dann ist die nächste Frage, wie handhaben die Hochschulen die Zulassung? Wenn man die Durchschnittsnoten von den Meister- und Technikerprüfungen anwendet, dann ist das eine systematische Benachteiligung dieser Personen, weil die Durchschnitte im Vergleich zu den Abiturnoten konstant niedriger liegen. Auch da muss man aufpassen, dass man nicht auf dem Papier Chancen schafft, die dann in der Praxis dazu führen, dass die Personen trotzdem irgendwie abprallen.

Als nächstes möchte ich noch einen Kommentar zu den finanziellen Rahmenbedingungen erklären. Das Aufstiegsstipendium wurde hierbei angesprochen. Das ist quantitativ auch nicht wahnsinnig viel. Wenn ich mich nicht irre, sind das nicht etwa 500 Stipendien, die pro Semester neu vergeben werden. Mittlerweile kumuliert sich das natürlich. Und auch, was das BAföG angeht, ist es noch zu restriktiv. Die Altersgrenze wurde angehoben, das ist auch sehr erfreulich. Gleichzeitig gibt es eine kleine Klausel, die besagt, dass der Anspruch nur dann besteht, wenn sofort nach der Berechtigung das Studium aufgenommen wird. Ich kann mir nicht vorstellen, dass viele Personen die Strapazen und Kosten einer Meisterprüfung auf sich nehmen, um danach sofort ihren Beruf zu verlassen.

Prof. Dr. Michael Heine, Präsident der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin:

Bevor ich einen Praxisbericht gebe, möchte ich noch zwei Punkte benennen, bei denen es einen Konsens geben sollte.

Der Erste: die soziale Segregation in Deutschland ist im Bildungsbereich unerträglich und das kann auf gar keinen Fall so weiter gehen. Das Zweite: in der Tat braucht es eine offene Hochschule. Bis dahin stimme ich mit allem überein.

In der Praxis wird es allerdings etwas komplizierter. Wir sind eine Hochschule, die ein breites Fächerspektrum ausbildet. Wir haben gestalterische Studiengänge, wir haben wirtschaftliche Bereiche und wir haben Ingenieurwissenschaften. Und ich kann Ihnen sagen, die Öffnung der Hochschulen und die Erfolgsquote, Menschen dann auch erfolgreich durch ein Studium zu führen, variieren sehr stark abhängig von der jeweiligen Fächerkultur. Wir machen im gestalterischen Bereich sehr gute Erfahrungen, das klappt wunderbar. Wenn ein Studium einher geht mit hohen Anforderungen an technischer Mechanik, an Physik, an Mathematik, dann tun wir uns schwer, diese Studierenden erfolgreich durchs Studium zu bringen. Wenn das so stimmt, dann müssen wir diese Studierenden begleiten. Und zwar sehr eng begleiten. Da müssen Brückenkurse und Tutorien angeboten werden; dann braucht man Mentorenprogramme, Bodyprogramme usw.usf. Aber das ganze kostet Geld. Und wann immer wir über Geld reden, dann ist die offene Hochschule plötzlich doch nicht mehr ein so großes Thema. Und was über-

haupt nicht geht, das muss ich mal ganz ehrlich sagen, ist, dass die Politik entscheidet, die Hochschulen öffnen sich, aber erhöht sie nicht die Finanzmittel und die Ressourcen, damit diese Dinge dann auch zu managen sind.

Peter Schuster, Fachausschuss Stadt des Wissens, AG Wissenschaft in der Berliner SPD:

Die Widerstände bezüglich einer stärkeren Implementierung beruflicher Inhalte in allgemeinbildenden Schulen kommen aus den unterschiedlichsten Ecken, aber im Wesentlichen aus dem Umfeld des Gymnasiums. Da gibt es beispielsweise das Zentralabitur, das möglicherweise eine ganz dicke Hürde darstellt. Eine weitere ist, dass die Zuständigen nicht von der Forderung abkommen, dass zwei Fremdsprachen beherrscht werden müssen. Das ist dann natürlich auch noch an die KMK gekoppelt. Ich frage mich, was ist das für ein Unsinn? Es reicht ja auch Englisch heute. Und dieses Englisch muss man auch nicht im Zweiten Bildungsweg in einem Lehrgang erwerben, der vollkommen an der Sekundarstufe II orientiert ist. Warum kann man die nicht modular machen? Warum soll man so einen Englischkurs nicht auch als Ferienkurs machen können? Das alles sind Dinge, die an den Zuständigen scheitern, die an den gymnasialen Vorstellungen auf KMK-Ebene und Landesebene verhaftet sind.

Wie kann man mit diesen Hürden umgehen, wie kann man das aufbauen, wie kann man das anknacken und wie kann man das politisch angehen?

Herr Hess, Journalist, Berlin:

Es wird zu einer hochideologischen Diskussion. Ich empfand den Ansatz der Alice-Salomon-Hochschule sehr gut, das ein Berufsbild, ein spezielles, das sich so verändert hat in den letzten Jahren - wo wir so wenig akademische Ausbildung haben, die wir aber brauchen - umgestaltet wird. Die Kinder, die jetzt in den Kindergarten gehen, sollen ja später keine Barrieren finden, wenn sie ins Berufsleben eintreten. Und die Ausbildung - wir haben in Berlin fast 100 Prozent Kita-Kinder - und trotzdem haben wir ganz viele, die, wenn sie eingeschult werden, sehr unterschiedliche Voraussetzungen haben, die sie gar nicht mehr aufheben können. Für mich sind da die Knackpunkte.

Prof. Dr. Jörg Steinbach, Präsident der Technischen Universität Berlin:

Es gibt eigentlich einen breiten Konsens darüber, dass es Studierwillige aus anderen Berufswegen gibt, die auch alleine auf Grund ihrer intrinsischen Motivation eine gute Chance hätten, ein erfolgreicherer Studium zu machen, die nicht nur über das Abitur ein Studium aufzunehmen, weil es dazu gehört. Es studieren heute auch Menschen, die nicht studieren sollten, nur weil sie die HZB bekommen haben. Da zu einem vernünftigeren System zu kommen, da sind wir alle offen. Und dass man auch sagt, das muss in irgendeiner Form begleitet werden; das kostet auch Geld und wird von ihnen geteilt.

Wo ich um etwas mehr Schärfe bitten, und das nicht bloß auf den Bereich des Philologenverbandes begrenzen

würde: wenn ich im Rahmen der Berliner Hochschulgesetznesnovelle diskutiere, dann würde ich gerne immer Klarheit haben, was die HZB bedeutet. Entweder sage ich, dass das Abitur uns im Augenblick Menschen an die Hochschulen bringt, alleine mit dem Automatismus, die mit der Erreichung der HZB einher geht, auch wenn die Leute da gar nicht hingehen. Dann sollten wir darüber nachdenken, ob das richtig ist. Oder andersherum, ich sage, jawohl, das ist der Weg - dann ist es nicht nur eine Frage des Philologenverbandes, sondern auch wirklich des anderen Bildungsweges, bei dem man sagt, was habe ich nun eigentlich davon, wenn ich den Weg des Abiturs gehe; wenn ich über diesen Weg nicht auch eine gewisse Präferenz gegenüber anderen Bildungswegen habe?

Wir haben noch einen Verdrängungswettbewerb an den Hochschulen: wir haben weniger Studienplätze als Bewerber. Wir haben 16.000 Bewerber an der TU Berlin für 4.000 Studienplätze; und selbst wenn ich die Mehrfachbewerbungen an der Stelle abziehe, haben wir immer noch etwa 4.000 Leute vor der Tür gelassen. Wenn jetzt die Aussetzung der Wehrpflicht kommt, dann bleiben noch mehr vor der Tür; der Verdrängungswettbewerb wird immer stärker. Und dann sollten die jungen Menschen zu einem frühen Zeitpunkt eine klare Orientierung für ihre Wege kriegen.

Ich stelle mir die Frage: gilt noch der Automatismus von Abitur und HZB oder sollten wir insgesamt auf Eignungsprüfungen gehen, über die dann alle in ihren Unterschieden rein kommen können?

Ich habe eine Schwierigkeit in der Vermittlung, jungen Menschen an meiner Hochschule zu sagen, die rein wollen mit einem Abitur und mit einer HZB, warum sie ggf. noch mehr Konkurrenz über den Dritten Bildungsweg um die Studienplätze bekommen. Dafür habe ich für sie keine Antworten.

Ulf Banscherus:

Die einfachsten Dinge zuerst. Erst die Frage der Berufsfachschulen. Die Studienberechtigungen der Berufsfachschule, Fachschule oder Fachakademie ergaben 2008/2009 an den Universitäten 1,6 Prozent der Anfängerinnen und Anfänger; 11,7 Prozent an den Fachhochschulen - da ist sicherlich noch Luft drin. Und auch die Fachoberschulen bzw. die Äquivalente in den Bundesländern sind mit 1,2 Prozent (Universität) und 22,5 Prozent an Fachhochschulen immer noch viel niedriger als ich das vorher erwartet hatte - weil es ja eigentlich der Regelzugang zur FH sein sollte.

Der zweite Punkt, den Frau Ulbricht angesprochen hat, die Frage nach Zugang und Zulassung - eine ganz zentrale Frage. Hier ist spannend, wie damit umgegangen wird. 10 Bundesländer, darunter auch Berlin, gehen den Weg einer Vorabquote, das heißt aber bei einer Ausweitung der Studienberechtigungsmöglichkeit für beruflich Qualifizierte bei festen Quoten, dass sie dann faktisch um die limitierten Plätze konkurrieren. Es fragt sich, ob man das will. Die Quotenregelung sind auch sehr unterschied-

lich; in Berlin kann dies jede Hochschule selbst festlegen innerhalb der Gesamtquote; in Bayern können sie max. 5 Prozent festlegen; in Mecklenburg-Vorpommern sind es mindestens 5 Prozent; in Niedersachsen ist es so, dass betrachtet wird, wie sich die Qualifikationsstruktur aller Bewerber/innen zusammen setzt und dann wird proportional eine Quote gebildet, jedoch max. 10 Prozent. Ob diese Quotenregelungen wirklich der sinnvollste Weg sind, ist eine Frage; eine andere ist, ob die Verrechnung der Meisterprüfung mit dem Abitur etc. so sinnvoll ist. Offen ist dann, welche alternativen Lösungen es gibt, das Zulassungsproblem produktiv zu lösen.

Ich glaube nicht, dass wir über diese nicht-traditionellen Wege, außer vielleicht in einzelnen Fachrichtungen, wirkliche Zuwächse im Anteil bekommen werden - daher halte ich die Frage nach der Sekundarstufe II für richtig. Wir werden keineswegs über 5 Prozent hinausgehen, ist meine Prognose - das zeigen andere Länder wie Österreich und die Schweiz. In einigen sozialen Bereichen könnte es möglich sein - Gesundheit, Pflege - aber ansonsten wahrscheinlich nicht. Doch dann kommt die Frage auf, woran es sonst liegen möge und es fällt auf, dass wir die strikteste Trennung im Sekundarbereich in allgemeinen und beruflichen Teil haben - da sind sogar Österreich und die Schweiz anders. In Österreich hat man den Weg gewählt, dass man ohne Frage viel Geld in die Hand genommen hat, um eine Zweite Säule neben die allgemeine höhere Schule - das Gymnasium - zu stellen mit der berufsbildenden Schule, die in 5 statt 4 Jahren wie das Gymnasium zur Studienberechtigung führt und eine Berufsausbildung im Dualen System integriert.

Die Frage ist, wie kann man das in Deutschland möglicherweise angehen? Ich würde sagen, dass die Chancen dafür so gut sind wie nie zuvor, weil wir auf eine Zweierstruktur in der Sekundarstufe hinsteuern. Und die Frage ist beispielsweise: wissen die Bundesländer wie Berlin, die Zwei Säulen haben wollen, wie diese Zweite Säule aussehen soll? Ich glaube, viele wissen es nicht. Bei einigen wie bspw. Thüringen und Sachsen sind die Traditionen vorhanden, aber in Ländern, die neu in diese Richtung gehen wollen - kann man in der Diskussion nicht noch einen Schritt weiter gehen und statt, wir haben de facto Gymnasium und Gesamtschule, zu sagen, davon sprechen, dass wir Gymnasium haben und was neues - eine neue Schule, die Reformanspruch hat und Möglichkeiten verbindet; und die nicht nur Hauptschule plus Oberstufe o. ä. ist.

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB:

Ich möchte daran anknüpfen, welche Antwort man Abiturienten geben könne, die fragen weshalb müssen auch die anders Qualifizierten an die Hochschule kommen?

Die erste Antwort wäre, „Du bist jetzt 18 Jahre alt und hast das Glück, in einem geraden Weg zum Abitur zu kommen. Andere sind 23 und haben eine anspruchsvolle Lehre gemacht, und haben danach gearbeitet. Und was macht dich damit anders als diese, in ihrem Anspruch darauf, sich akademisch, wissenschaftlich bilden zu können?“

Als zweites würde ich versuchen, ihnen nahe zu bringen, dass, wenn man ein Studium beginnt, man nicht weiß, ob man nicht vielleicht auch eine zweite oder dritte Chance braucht, um sich zu qualifizieren. Es kann auch passieren, dass das Studium nicht erfolgreich abgeschlossen wird und man in eine berufliche Ausbildung geht und aus der beruflichen Ausbildung heraus vielleicht später wieder in eine akademische münden möchte.

Und wenn ich so rückfragen würde, dann würden sicherlich ganz viele von denen sagen, ist eigentlich auch richtig, ich erkenne an, dass andere auch eine Qualifikation haben.

Das wäre mein Weg, es zu erklären. Ich glaube, dass dieses Bewusstsein gewachsen ist, dass das plausible Erklärungen sind, weil man sie auf sich selbst beziehen kann; wie auch auf ein Bild von Hochschule, bei dem es eben verschiedene Bildungszugänge gibt und auch Studieren in Verschiedenheit. So wie wir von Schule von Lernen in Verschiedenheit sprechen, können wir von Hochschulen von Studieren in Verschiedenheit sprechen.

Diskutieren wir über gute Beispiele!

Spannender fände ich, dass es nicht nur die Frage nach dem Geld gäbe, sondern auch die Frage nach dem guten Beispiel - wie dort Brückenkurse, begleitende Kurse, Propädeutik angelegt sein können. Und wenn wir da eine Diskussion um gute Beispiele bekämen - dann gibt es auch neuen Schub. Ich will nicht ausschließen, dass wir auch dann nicht auf schwedisches, englisches Niveau kommen mit 15 Prozent, sondern erst einmal bei 5 Prozent hängen bleiben - Berlin hat ja beispielsweise schon überdurchschnittliche 3 Prozent. Damit sollten wir positiv argumentieren; Berlin schafft es an der Spitze zu sein, was die Zahl der beruflich Qualifizierten an den Hochschulen anbelangt - Berlin vorne! Hessen hinten! Das ist mal eine völlig neue Diskussion.

Akademisierung von bisher nicht-akademischen Berufen benötigt eine neue Weiterbildungskultur.

Einen weiteren Punkt möchte ich ansprechen: die Akademisierung bisheriger nicht-akademischer Berufe. Ich finde, in offene Hochschule gehört auch die Dimension, was dies in Bezug auf wissenschaftliche Weiterbildung bedeutet - wird es Last oder Chance für Hochschulen? Einerseits kann damit Geld verdient werden, andererseits kann es zur Last werden, weil es Kapazitäten belastet. Muss man dort nicht auch noch in die Dimension, wer kauft sich wie ein an Hochschulen, betrachten? Bezahlen Firmen Anteile an wissenschaftlicher Weiterbildung an Hochschulen, bezahlen es die Betroffenen selber? Wie verändert sich Hochschule auch durch diese Dimension von offener Hochschule. Ich werbe noch einmal dafür, Hochschule in der gesellschaftlichen Verantwortung zu sehen: wissenschaftliche Erstausbildung, wissenschaftliche Weiterbildung, soziale Integration der verschiedenen Kompetenzen - die Suche nach Kooperationspartnern wird dabei auch wichtig werden.

An diesem Punkt komme ich noch einmal auf die Volkshochschulen zurück. Ich sehe, dass wir das Selbstverständnis verändern müssen; nicht nur die Nachqualifikation von ausländischen Kompetenzen gehört zu den Kernaufgaben, sondern wohl auch die begleitende Qualifikation von beruflichen Kompetenzen. Das kann eine gemeinsame Botschaft werden, die die SPD entwickelt.

Matthias Anbuhl:

Für die Frage, die den Wert des Abiturs bzw. der Hochschulzugangsberechtigung betraf, möchte ich erneut beim DQR anknüpfen. Ich denke, dass das Abitur einen Teil seines Mythos einbüßen wird, denn man wird sehen, dass es um Kompetenzen (Fachkompetenz, Sozialkompetenz, Selbstkompetenz und andere) geht, die anerkannt werden. Diese werden gemessen, anschließend werden Abschlüsse zugeordnet und es wird andere Wege geben müssen - und geben. Das wird einige Zeit dauern, aber es wird passieren.

Das zweite ist, ich sehe natürlich den Verdrängungswettbewerb, die chronische Unterfinanzierung der Hochschulen ist natürlich ein Problem. Aber der demografische Wandel wird die Situation auch irgendwann wieder entspannen. Ab 2016, 2017 wird zumindest in Teilen die Chance bestehen, sich einem anderen Klientel widmen zu müssen.

Schlusswort von Dr. Eva-Maria Stange, Mdl

Wir haben nun viele offene Enden; es gab ungeheuer viele Anregungen. Wir haben uns heute aus unterschiedlichen Perspektiven heraus der Fragestellung widmen können, wie es uns gelingt, die Durchlässigkeit im Bildungssystem unter dem Aspekt von mehr Chancengleichheit herzustellen, aber auch unsere Ressourcen besser auszuschöpfen, zu erhöhen. Das wurde von zwei Seiten her diskutiert, einmal von Seite des Übergangs von der Schule in das berufliche System. Dabei habe ich als einen wesentlichen Punkt mitgenommen, dass wir von anderen Ländern lernen können; der DGB und die AfB haben das ebenso formuliert, dass es ein so genanntes Zwei-Säulen-Modell geben sollte - die Anerkennung der Gleichwertigkeit zwischen vollzeit-schulischer und dualer Ausbildung bei weiterer Hervorhebung der dualen Ausbildung. Und damit auch eine Überwindung der zahlreichen Maßnahmen des Übergangssystems, die offenbar nicht sehr transparent, wirksam und nachhaltig sind. Dabei war ein Stichwort regionales Übergangsmanagement, das sich mit dem Ziel etabliert, sich selbst abzuschaufen.

Die zweite Schiene, bei der auch weiterhin viele Fäden offen sind, die geknüpft werden müssen, war das Thema des Übergangs von beruflicher Qualifikation in das Hochschulsystem - wie kann es hier gelingen, mehr Durchlässigkeit herzustellen? Auch hier die Anmerkung, dass der KMK-Beschluss einer der berühmten faulen Kompromisse ist, den man geschlossen hat, um überhaupt etwas zu diesem Thema auszusagen. Ulf Banske-

rus hat deutlich gemacht, dass sich dadurch noch wenig geändert hat – der Beschluss war eine politische Willenserklärung. Auch hier wurde deutlich, dass die Frage der Gleichwertigkeit zwischen schulischer und beruflicher Ausbildung - gewisse Parallelen zum ersten Thema sind erkennbar - sehr wichtig ist. Dieses Thema ist für die AfB auch deshalb so wichtig, weil es auch innerhalb der Politik durch das Raster fällt: Schulpolitik wird von Schulpolitikern und Kultus betreut; berufliche Bildung ist bei den Berufsbildungspolitikern verankert, eher sogar noch bei der Wirtschaft; und Hochschulpolitik machen wiederum ganz andere, meist sogar in einem anderen Ministerium.

Insofern fallen die Themen, denen wir uns heute gewidmet haben, politisch in ein schwieriges Fahrwasser. Verschiedene Kompetenzbereiche - egal ob auf Bundes- oder Landes- oder regionaler Ebene – reden oftmals, auch mit Begrifflichkeiten, aneinander vorbei. Daher ist auch das Stichwort DQR und EQR eines der ersten Zünder gewesen, die dazu geführt haben, dass man über die Ressortzuständigkeiten hinaus nachgedacht hat, welche Konsequenzen daraus folgen, beispielsweise für das Abitur. In diesem Moment sind auch die Systeme ein Stück weit aufeinander geprallt.

Diese Diskussionen müssen geführt werden. Ich denke, wir haben heute einen guten Aufschlag gemacht. Das Thema offene Hochschule klingt gut, wenn es nicht untersetzt wird; untersetzt von einer anderen Kultur an den Hochschulen, untersetzt von finanziellen Fragen. Insbesondere das Finanzielle, das ist heute deutlich geworden, hat einige offene Baustellen: nicht nur institutionell stellt sich die Frage der Finanzierung, sondern insbesondere auch was die Betroffenen angeht. Wir haben über Aufstiegsstipendium und BAföG gesprochen. Aber klar ist weiterhin: wir haben keine Lösungen für die Betroffenen, weder für den Meister und die Meisterin noch für die- und denjenigen, der oder die mitten im Berufsleben steht und sagt, jetzt würde ich gerne Lehramt studieren - man kann nicht ohne weiteres einfach aus dem Berufsleben völlig aussteigen. Insofern gibt es noch ganz viele Fragen, die geklärt werden müssen.

Aber es ist jetzt an der Zeit, sie zu klären - wir haben eine einmalige Chance dazu! Ich würde mich freuen, wenn diese Diskussion weiterhin so offen geführt wird und sich viele beteiligen: die AfB, Zukunftswerkstatt Bildung, die Interessierten aus den verschiedensten Bereich. Und wir sollten es nicht den Arbeitgebern, den Institutionen oder gar der Politik allein überlassen, das zu diskutieren, weil genau diese Schnittstellen dort nicht bedient werden.

Ich möchte mich herzlich bedanken!